

GÜNTHER DESCHNER

Bomben auf Baku

Kriegspläne der Alliierten
gegen die Sowjetunion 1939/1940

Verlag Antaios



kaplaken 17

Über den Autor

Dr. Günther Deschner, Jahrgang 1941, studierte Geschichte, Politische Wissenschaft und Publizistik und promovierte bei Hans-Joachim Schoeps. Er arbeitet als Publizist und Filmproduzent und ist Autor zeitgeschichtlicher und politikwissenschaftlicher Bücher. Unter anderem verfaßte er das maßgebliche Werk *Reinhard Heydrich. Biographie eines Reichsprotectors*, zuletzt München 2008.

Günther Deschner

Bomben auf Baku

**Kriegspläne der Alliierten
gegen die Sowjetunion 1939/1940**



VERLAG ANTAIOS
kaplaken 17

©2009 Verlag Antaios • Schnellroda
www.antaos.de

Buchgestaltung und Satz: Oktavo, Syrgenstein
Druck: Koppdruck, Heidenhelm

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme
Deschner, Günther:

Bomben auf Baku • Kriegspläne der Alliierten
gegen die Sowjetunion 1939/1940

88 Seiten, gebunden

Zweite Auflage, Schnellroda; Verlag Antaios, 2014

ISBN: 978-3-935063-87-6

Inhalt

| | |
|---|----|
| Vorwort | 7 |
| »Ein Güterzug weltgeschichtlicher Enthüllungen« | 15 |
| Pläne mit Tradition: Frühere Interventionen in Rußland | 41 |
| Die Angst vor einem deutsch- russischen Bündnis | 55 |
| Der Alliierten diplomatische Debakel 1939/1940. | 73 |
| Verzeichnis der verwendeten Literatur. | 89 |

Vorwort

Die Bomberstaffeln standen schon bereit, der Angriff auf die sowjetischen Erdölfelder am Kaukasus war so gut wie beschlossen. »Ende Juni oder Anfang Juli«, so wurde dem Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte gemeldet, könne die Operation beginnen. Doch die Meldung stammt nicht aus dem Jahr 1941, dem Jahr, in dem das Deutsche Reich den Krieg gegen die Sowjetunion begann. Sie datiert vielmehr vom 17. April des Jahres 1940 und der Luftwaffenchef saß nicht in Berlin, sondern in Paris. Er hieß nicht Hermann Göring, sondern es handelte sich um General Joseph Vuillemin, den Chef des Generalstabs der Luftwaffe Frankreichs. Und deswegen waren die Bomber auch keine HE 111 oder JU 88, sondern französische Farman 221 und britische Glenn-Martins.

Deutschlands Kriegsgegner Frankreich und England, die »Westmächte«, einigten sich an diesem 17. April 1940 darauf, »einen sehr schweren, wenn nicht entscheidenden Schlag gegen die militärische und wirtschaftliche Organisation der Sowjetunion zu führen«. So hatte es General Maurice Gustave Gamelin formuliert, der langjährige Generalstabschef der französischen Armee, der mit Beginn des

Krieges auch Oberbefehlshaber aller alliierten Streitkräfte (einschließlich des britischen Expeditionskorps) in Frankreich geworden war. Charakter und strategische Fähigkeiten des zu diesem Zeitpunkt bald 70-jährigen Militärs wurden von Zeitgenossen und Historikern in ein schillerndes Licht getaucht: Der britische Militärhistoriker Alistair Hörne charakterisierte ihn als eine »schweigsame Natur, die etwas Mönchhaftes an sich hatte«, der französische Kriegspremier Paul Reynaud urteilte über ihn: »Als Präfekt oder Bischof mag er in Ordnung sein, aber nicht als Führer von Menschen.« Die Urteile deutscher und französischer Militärs gingen drastisch auseinander: Während der deutsche Generaloberst Ludwig Beck, zeitweilig Generalstabschef des Heeres, späterer Mitverschwörer und heute eine Ikone des 20. Juli, Gamelin als »einen großen Strategen« bewunderte, formulierte sein prinzipieller Gegner Charles de Gaulle, Gamelin hause »in seinem finsternen Hauptquartier in Vincennes in einer klosterähnlichen Atmosphäre, von nur wenigen Offizieren umgeben, arbeitend und meditierend und völlig vom Gang der Ereignisse isoliert«. »In seinem Elfenbeinturm«, so de Gaulle weiter, »erweckte General Gamelin in mir den Eindruck eines Gelehrten, der

die chemischen Reaktionen seiner Strategie in einem Laboratorium prüfte.« Die Kalibrierung der militärischen Faktoren scheint dem im Ersten Weltkrieg verdienstvoll gewesenen Strategen, der im Rentenalter Oberbefehlshaber geworden war, tatsächlich schwer geworden zu sein. Wie sonst hätte er im April 1940 schwadronieren können, die geplanten alliierten Luftangriffe auf den Kaukasus würden die Sowjetunion »in wenigen Monaten in eine derartige Verlegenheit versetzen, daß sie in die Gefahr eines völligen Zusammenbruchs käme«. (Ein ähnlich groteskes Fehltrail hatte Gamelin auch hinsichtlich der deutschen Reaktion auf die britische und französische Kriegserklärung an das Deutsche Reich vom 3. September 1939 abgegeben: Noch im Februar 1940 war er felsenfest davon überzeugt, Deutschland werde keinen Feldzug gegen Frankreich beginnen, sondern weiter abwarten: »... Ich werde den Deutschen eine Milliarde Franc in Gold schenken, wenn sie tatsächlich angreifen!«)

Bei diesem Kaukasusplan, den Gamelin ersann, handelte es sich jedenfalls um nichts geringeres als um die »Planung eines Angriffskriegs«, eines Deliktes, das nach 1945 in den alliierten Siegerprozessen dazu diente, deutsche (und auch japanische)

Generale und Admirale zu »Kriegsverbrechern« zu erklären, zu langen Haftstrafen oder - wie den untadeligen Generalobersten Alfred Jodl - zum Tode zu verurteilen und hinzurichten. Und doch kommt dieser Plan der westlichen Demokratien für einen Angriff auf die Sowjetunion, diese »Planung eines Angriffskriegs«, im offiziellen Bild über den Zweiten Weltkrieg so gut wie überhaupt nicht vor. In den Lehrplänen für den Geschichtsunterricht und damit auch im Bewußtsein der Deutschen, ihrer Nachbarn und ihrer ehemaligen Kriegsgegner findet er keinen Niederschlag.

Dabei ist der Zweite Weltkrieg noch immer ein Stück unserer Gegenwart. Sein Ergebnis hat die Nachkriegsgrenzen Deutschlands und anderer europäischer Staaten bestimmt und tiefe Spuren und anhaltende Schäden im politisch-historischen Denken und der kollektiven psychischen Verfaßtheit der Deutschen hinterlassen. »Nachbarn und Freunde« - nur noch von denen ist die Bundesrepublik Deutschland umgeben - und fast noch wütender die Machthaber, Parteien und Medien des die Bundesrepublik beherrschenden Politkartells verfolgen noch immer eine Geschichtspolitik, die auch im Bewußtsein künftiger Generationen den Glaubenssatz verankern

soll, es habe sich beim Zweiten Weltkrieg weniger um den Zusammenprall konkurrierender legitimer (oder damals für legitim gehaltener) Interessen und um die Austragung geschichtlich gewachsener oder geostrategisch bedingter Gegensätze gehandelt, sondern um einen Konflikt zwischen dem Prinzip des »Guten«, vertreten ganz speziell durch die westlichen Demokratien, und des »Bösen«, vertreten durch das Deutsche Reich.

»Angriffskrieg«, »Verbrechen der Wehrmacht«, »Überfall auf die Sowjetunion« und so weiter - das sind die bekannten Stichworte. Wer in der Bundesrepublik Deutschland (oder bis 1990 in der DDR) zur Schule ging oder geht, der weiß, wovon wir reden. Ein versimpeltes Geschichtsbild wurde offiziell, nach dem klar sein soll, wer allein Angriffskriege plante und führte, und wer - die westlichen Demokratien - das Wort »Angriffskrieg« nicht einmal kannte und sich immer nur verzweifelt und leider vergeblich abmühte, den Frieden zu erhalten oder wiederzugewinnen.

Um dieses einseitig-versimpelte Geschichtsbild nicht zu gefährden, werden gern ganze Komplexe ausgeblendet, es wird der irrige Eindruck verbreitet, in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs gebe

es nichts neu zu bewerten und auch nichts Neues mehr zu entdecken, und er hätte - nachdem ihn Deutschland im September 1939 »vom Zaun gebrochen« hatte - nach dem ersten Schuß wie unter dem geschichtlichen Gesetz einer vorherzusehenden höheren Notwendigkeit genau so verlaufen müssen, wie er dann tatsächlich verlief. Dabei weiß jeder Historiker, der es wissen will, natürlich genau, daß in den Quellen auch noch brisante Alternativen ruhen, daß wichtige Aktenbestände »frisirt« oder vernichtet wurden, daß andere bis heute verschwunden sind, einige nach wie vor gesperrt. Aus naheliegenden Gründen hatten und haben auch die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands kein Interesse daran, das ihnen politisch nützlich gewesene und noch immer instrumentierbare Schwarz-Weiß-Bild der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu korrigieren.

Wie sonst könnte man, um nur ein Beispiel zu nennen, erklären, daß die britische Regierung entgegen der üblichen Freigabepraxis, sämtliche Quellen, die mit dem Flug von Rudolf Heß im Mai 1941 zusammenhängen, bis zum Jahr 2000-irgendwann gesperrt hat? Andere Fragen betreffen Aspekte der zweigleisigen Politik der Sowjetunion im Jahr

1939, die parallel am Zustandekommen eines gegen Deutschland gerichteten Dreibundes mit Frankreich und England arbeitete und gleichzeitig bereits den Hitler-Stalin-Pakt vorbereitete, der dann eine unheilvolle Rolle bei der Auslösung des Krieges spielte und in der ersten Phase des Kriegs, bis in das Jahr 1941 hinein, zu einer teils engen Zusammenarbeit zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem bolschewistischen Rußland führte. Hier hat mit Rußland eine andere Macht der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition wenig Interesse an der minutiösen Aufarbeitung der Vorgänge.

Das sind nur zwei Komplexe, die vielen bekannt und bewußt sind. Doch viele andere sind es wenig oder gar nicht. Einer davon ist Jener, über den diese kurze Ausarbeitung berichtet. Er ist in nur geringem Ausmaß, so gut wie nur unter Fachleuten, bekannt. In zeitgeschichtlichen Dokumentationen und Büchern à la Guido Knopp, in den Programmen »politisch korrekter« Tagungen und in deutschen Schulbüchern kommt er nicht vor. Das Thema ist die Planung für einen anderen Angriffskrieg, ein Kriegsplan, der zeigt, daß die Koalitionen des Zweiten Weltkrieges sich auch ganz anders hätten gestalten können. Hätte dieser andere Angriffskrieg tatsäch-

lich stattgefunden, dann wären Gut und Böse im Geschichtsunterricht heute vielleicht etwas anders sortiert! Denn das Thema des vorliegenden Bändchens lautet: Nicht nur Hitler wollte Stalin angreifen, sondern auch Frankreich und England bereiteten Anfang 1940 einen Überfall auf Sowjetrußland vor.

»Ein Güterzug weltgeschichtlicher Enthüllungen«

Unsere erste Kenntnis über den Fall reicht schon bis ins Jahr 1940 zurück. Der Krieg im Westen war gerade fünf Wochen alt; aus dem vollen Schwung des Bewegungskriegs heraus war die 87. Infanteriedivision der Deutschen Wehrmacht am Freitag, 14. Juni kampflos in Paris einmarschiert; und am 16. Juni 1940 hatten Verbände der 1. deutschen Armee bei Colmar auch den Rhein überschritten und bald darauf auch gegen geringen Widerstand die »un-
einnehmbare« Maginot-Linie durchbrochen. Es war abzusehen, daß der Feldzug seinem Ende entgegen ging, die französische Armee leistete nicht mehr viel mehr als hinhaltenden Widerstand. An diesem 16. Juni, einem Sonntag, erreichte eine Vorausabteilung der zur »Panzergruppe Kleist« gehörenden 9. Panzerdivision das Städtchen La Charité an der Loire, 200 Kilometer südlich von Paris. Die Panzerspähwagen des Aufklärungsregiments der Division kamen als erste an das Bahngelände der Stadt, und einer der Schützen bemerkte, wie noch einer der dort abgestellten Züge aus dem Bahnhof hinausrollen wollte — in Richtung Süden, in das von der deutschen Wehrmacht noch nicht besetzte Frank-

reich. Ein Schuß aus der Spähwagenkanone auf den Dampfkessel der Lok brachte den Zug zum Stehen. Der Schütze ahnte noch nicht, daß er einen der größten und brisantesten Aktenfunde des Zweiten Weltkrieges ermöglicht hatte.

Erst der ostpreußische Funker Balzereit vom Nachrichtenzug des Regiments machte gegen Abend, nachdem die französischen Verteidiger des Bahnhofs in Gefangenschaft gegangen waren, bei seinem Streifzug durch das Bahnhofsgelände von La Charité eine überraschende Entdeckung. In einem Spezialgüterwagen, in dem er wertvolle Fracht vermutete und den er deswegen aufbrach, stand er vor stählernen Aktenschränken. Balzereit wühlte in den zumeist mit »Secret«, »Très secret« oder »Reservé« gekennzeichneten Dokumenten, packte Proben davon in eine Zeltbahn und lieferte sie bei seinem Vorgesetzten ab.

In dem fast 25 Kilometer langen Stau an Transportzügen, der sich durch die Beschädigung und Zerstörung von Loire-Brücken gebildet hatte und der von La Charité bis nach Mesves-sur-Loire reichte, entdeckte gleichzeitig in einem anderen Waggon der Gefreite Kanzer, Angehöriger einer Nachbardivision, weitere einschlägige Dokumente.

Der »1 c«, der Feindlageoffizier der 9. Panzerdivision, erkannte sofort, daß man in den Güterwagons einen Teil der Geheimakten des französischen Generalstabs und der nach Kriegsausbruch gebildeten »Interalliierten Kommission« der Generalstäbe Englands und Frankreichs erbeutet hatte. Bald stand fest, daß es sich insbesondere um die Akten des »Grand Quartier Général« und der »Section Interallié du Cabinet du Général Gamelin« handelte, zu denen auch die Protokolle höchst geheimer Besprechungen der alliierten Befehlshaber gehörten. Darunter befanden sich auch die geheimen Unterlagen der von Engländern und Franzosen geplanten Kaukasus-Operation samt Luftaufnahmen und Zielkarten von Baku, Poti und Batum.

Mehrere Ju-52-Maschinen waren nötig, um das geheime Material in das Oberkommando des Heeres zu bringen, das in Fontainebleau eingerichtet worden war. Auch Spezialisten des Auswärtigen Amts befaßten sich, kaum daß die erste Nachricht darüber in Berlin eingetroffen war, mit dem Fund. Schnell wurde eine Spezialistengruppe aus Diplomaten, Geheimdienstlern, Militärs und Übersetzern gebildet, die den einzigartigen Fund auswertete. Ein Zeitzeuge, der Sprecher von Reichsaußenminister Joachim

von Ribbentrop und Chef der Nachrichten- und Presseabteilung im Auswärtigen Amt, Gesandter I. Klasse (Ministerialdirigent) Dr. Paul Karl Schmidt, berichtete darüber: »Als uns die ersten Informationen über den Aktenfund von La Charité erreichten, setzte bei uns sofort eine lebhafte Diskussion ein. Waren die Akten echt? Handelte es sich lediglich um Sandkastenspiele, wie Jeder Generalstab jeder Armee sie spielt? Aber beim Studium der Akten wurde allen zugezogenen Diplomaten und Militärs klar: Das war kein Spiel, das war eine umfassende Vorbereitung für eine Angriffsoperation gegen Rußland, auch taktische Fragen waren darin schon im Detail abgehandelt.«

Die Ergebnisse waren schon auf den ersten Blick sensationell: Sie ergaben, daß die alliierten Mächte England und Frankreich (die USA und die Sowjetunion waren zu diesem Zeitpunkt offiziell noch neutral!) sich nach dem siegreichen deutschen Polenfeldzug entschlossen hatten, durch die Ausweitung des Krieges und die Schaffung möglichst vieler und entlegener Fronten die deutschen Kräfte zu verzetteln. Während man in Großbritannien im Herbst und Winter 1939/40 überwiegend zu der Auffassung neigte, daß in diesem Stadium des Krieges und bei

dem derzeitigen Stand der englischen Rüstung die wirtschaftliche Blockade gegen Deutschland eines der sichersten und zugleich risikolosesten Mittel sei, die zum Siege führen würden, waren die Franzosen vor allem bestrebt, den Krieg von ihrer Ostgrenze fernzuhalten. Deshalb waren sie besonders daran interessiert, neue und fernere Kriegsschauplätze zu schaffen, und hofften, damit zugleich ihre eigene Kraft durch die Gewinnung weiterer Verbündeter zu stärken. Zur Verwirklichung dieses Vorhabens schienen sich Ende 1939 sowohl in Skandinavien als auch auf dem Balkan und in Vorderasien Möglichkeiten zu bieten. Im Norden hatte sich das finnisch-sowjetische Verhältnis verschlechtert und am 30.11.39 hatte mit dem sowjetischen Angriff auf Finnland der Krieg zwischen beiden Staaten begonnen.

Unter den in La Charité erbeuteten Dokumenten befand sich auch der offizielle »Kriegsplan für 1940«, so wie ihn der französische Verteidigungsminister am 29. Februar - zweieinhalb Monate vor Beginn des deutschen Feldzugs - »TRÈS SECRET« dem Präsidenten der Republik vorgelegt hatte.

Daraus ging hervor, daß man die neutralen Länder Norwegen und Schweden ebenso zum Kriegsschau-

platz machen wollte wie den Balkan mit Jugoslawien und Griechenland. Eine Landung im griechischen Saloniki war beispielsweise bereits bis in taktische Einzelheiten geplant. Und von der Wehrkraft der in den Krieg zu zwingenden Länder erwartete man eine Verstärkung des alliierten Lagers von mehr als 100 Divisionen! Auch über Belgien und Holland und selbst mit der Neutralitätsinsel Schweiz waren teils weitgehende Abmachungen für die Kriegführung gegen Deutschland getroffen. Insbesondere die Schweiz geriet durch den Aktenfund in eine äußerst prekäre Situation gegenüber dem Reich - was bis zu einem gewissen Grad ihr Eingehen auf manche deutsche Wünsche erklärt.

Das abenteuerlichste Unternehmen war allerdings der geplante Angriff auf die Sowjetunion — lange noch, bevor Hitler sich zu seinem Krieg gegen Rußland entschloß. Wörtlich heißt es in diesem »Kriegsplan« dazu: »Une action alliée contre le Caucás ...«, »Eine alliierte Militäraktion im Kaukasus, durchgeführt mit Bomberflotten und mit der Unterstützung der Türkei (und wenn möglich des Iran), abgestimmt mit der Aktion in Skandinavien, wird die Blockade Deutschlands vollständig machen« und »accélérait l'effondrement de l'URSS«, »wird den Zusammen-

bruch der UdSSR beschleunigen«. Die Niederlage Frankreichs und der deutsch-französische Waffenstillstandvertrag vom 22. Juni 1940 bedeuteten das endgültige »Aus« für die aberwitzigen Pläne der Westmächte.

Ab dem 3. Juli 1940 wurden — in der damals üblichen propagandistischen Verpackung — ausgewählte Teile des Aktenfundes der deutschen Öffentlichkeit durch Pressemeldungen bekanntgemacht. »Ein Güterzug weltgeschichtlicher Enthüllungen«, »Sensationeller Dokumentenfund an der Loire« oder »Der geplante Angriff auf Rußland« — so lauteten beispielsweise die Schlagzeilen. Der Berliner *Lokal-Anzeiger* etwa machte mit der Schlagzeile auf: »Die Geheimakten Gamelins«, und darunter war zu lesen: »Wie die kleinen Völker Europas auf die Schlachtbank geführt werden sollten: Rumänien, Türkei, Griechenland, Jugoslawien sollten für den Westen Krieg führen. Geplant war der Anschlag gegen Schwedens Erzgruben und Rumäniens und Rußlands Ölquellen.« In der NSDAP-eigenen, damals offiziellen Zeitung *Völkischer Beobachter* hieß es: »Ertappte Verbrecher: Die politischen Geheimakten des französischen Generalstabs gefunden! Vernichtung der schwedischen Erzgruben und der Erdölfelder

Rußlands und Rumäniens bis in alle Einzelheiten vorbereitet! Die Pläne lassen aufs klarste alle Zusammenhänge der Kriegsausweitungspläne erkennen, die seit der Jahreswende die Kanzleien und Generalstäbe beschäftigten und die dann der deutsche Sieg in Norwegen und Frankreich zunichte gemacht hat.« Auch neutrale Presseorgane wie die schweizerische *Neue Zürcher Zeitung* stellten fest, es handle sich hier um Dokumente »von solcher Bedeutung, daß ihre Veröffentlichung schlechthin als die größte Sensation dieser Art bezeichnet werden muß«.

Doch schon vor der Veröffentlichung in der Presse hatte man sich in Berlin Gedanken darüber gemacht, in welcher Weise sich aus dem brisanten Fund politisches Kapital schlagen ließ. AA-Presseschef Paul Karl Schmidt berichtet: »Bereits wenige Tage nach La Charité wurde in der Direktorenbesprechung des AA bei Staatssekretär von Weizsäcker umfassend informiert und auch beschlossen, welche Behandlung man den Aktenfunden seitens des AA angedeihen lassen wollte. Es war naheliegend, ein eigenes Weißbuch herauszugeben. Zusammengestellt wurde die Aktenauswahl von der Politischen Abteilung, federführend war Hans Adolf von Moltke, der frühere deutsche Botschafter in Rom. Von Moltke wurde

deswegen mit der Sichtung und Auswertung der Akten beauftragt, weil er bereits mit der Erstellung von Weißbüchern über vorherige Aktenfunde in Warschau befaßt gewesen war.«

Ein heikles Thema war auch die Frage, welche Vorgänge aus den Akten man auf welchem Wege den Sowjets weiterreichen sollte. Staatssekretär von Weizsäcker vertrat die Auffassung, die Dokumente sollen den Russen nicht auf dem offiziellen diplomatischen Weg übergeben werden. Paul Karl Schmidt: »Auch Außenminister von Ribbentrop selbst war in diese Diskussion mit einbezogen. Ich wurde dann ausersehen, den die Sowjetunion betreffenden Teil der Dokumente auf inoffiziellm Weg den Russen zuzuspielen.« Schmidt entschied sich dafür, einen dem AA nahestehenden österreichischen Industriellen im Auslandspresseclub mit dem häufig dort verkehrenden Berliner TASS-Korrespondenten Fillipov zusammenzubringen. »Ich meine, daß auch der sowjetische Presse-Attaché Lavrov zugegen war. Im Lauf des Gesprächs ergab sich die Einladung zu einem Jagdausflug. Geschossen wurde auf diesem Jagdausflug zwar nichts, aber beim Umtrunk wurde kräftig zugesprochen. Nur Fillipov trank wenig oder gar nichts, er war angespannt wie ein Jagdhund, der

die Fährte aufgenommen hat. Ich habe Fillipov durch beiläufige Erwähnung einiger Einzelheiten aus dem Aktenfund, der zu der Zeit ja noch nicht publiziert worden war, noch neugieriger gemacht. Am anderen Morgen fragte er mich, ob es mir nicht möglich sei, ihm detaillierte Unterlagen zu beschaffen. Ich habe mich natürlich noch ein wenig geziert, dafür sei ich ja auch nicht zuständig, ich hätte am Vorabend vielleicht ohnehin schon zuviel erzählt. Fillipov entgegnete, einen Bericht nach Moskau mache er sowieso, da sei es doch sicher besser, er habe genügend Material für einen möglichst korrekten Bericht.«

Fillipov wurden dann zwei Aktenordner mit Kopien der erbeuteten Dokumente übergeben, selektiert und zusammengestellt erneut von Hans Adolf von Moltke. Weisung war dabei, eventuell die deutsche Politik in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion belastende Dokumente auszusondern und der sowjetischen Seite vorzuenthalten, und vor allem solche Dokumente auszuwählen, die die Westmächte in russischen Augen noch weiter verdächtig machten. Die konspirative Note haben wir auch deswegen gewählt, um die in den Dokumenten relativ kompromittierte Türkei nicht öffentlich zu diskreditieren und dadurch unsere eigene Politik mit den Türken zu

belasten. Bei der Übergabe der beiden Ordner bat ich Herrn Fillipov noch um Diskretion. Fillipov hat sich auch daran gehalten, er hatte wohl seine eigenen Meldewege nach Moskau. Nach wenigen Tagen gab er mir die Aktenordner wieder zurück, nachdem sie selbstverständlich fotografiert worden waren.«

Warum aber hat Berlin die Sowjetunion überhaupt unterrichtet? Paul Karl Schmidt zählt dafür folgende Gründe auf: »Wir wollten zum ersten unsere Kooperationsbereitschaft mit den Sowjets zeigen, unsere sowjetischen Vertragspartner wollten unentwegt solche Beweise sehen. Schließlich sollte man nicht vergessen, daß diese auch als vertrauensbildende Maßnahme erfolgte Unterrichtung der Russen bereits zu einem Zeitpunkt geschah, als die deutsch-sowjetischen Beziehungen schon einer starken Abnutzung ausgesetzt waren, die deutsche Seite also einen besonderen Grund hatte, eventuell vorhandenes Mißtrauen der Russen durch möglichst viele kleine Schritte des Entgegenkommens zu zerstreuen.«

Rußland und Deutschland waren damals nach dem Abschluß eines Nichtangriffspakts mit geheimen Zusatzklauseln, dem Hitler-Stalin-Pakt, zwar nicht miteinander verbündet, einander aber doch

verbunden. So arbeiteten beispielsweise die Geheimpolizeien beider Länder, die deutsche Geheime Staatspolizei und das sowjetische NKWD, relativ eng zusammen; Deutschland versorgte die Sowjetunion mit teils militärisch wichtigen Maschinen, und vor allem lieferte Rußland das Erdöl, das die Wehrmacht für ihre Panzer und Flugzeuge dringend benötigte. Die Information Moskaus über die Sowjetunion betreffende Vorgänge war also nichts Ungewöhnliches.

Ein weiterer Grund konnte aber auch gerade darin liegen, daß England unmittelbar nach der sich abzeichnenden Niederlage in Frankreich neue Kontakte zum Kreml aufgenommen hatte. 1939, im Jahr davor, waren britisch-sowjetische Gespräche vorwiegend an der Frage des Durchmarschrechts durch Polen gescheitert und Stalin hatte im August 1939 der deutschen Seite den Vorzug gegeben. Jetzt, nach dem bereits feststehenden deutschen Sieg über Frankreich, hatte die sowjetische Seite auf erneut ausgestreckte britische Fühler mit Interesse reagiert. Eine Veränderung des deutsch-russischen Klimas war schon abzusehen und jedenfalls nicht auszuschließen. Die Ernennung von Sir Stafford Cripps zum neuen britischen Botschafter, der weitreichende Angebote

Londons für Stalins Expansionspolitik im Gepäck hatte, machte nicht nur deutlich, daß England bereit war, den bisherigen französischen Bundesgenossen im Stich zu lassen, sondern auch aktiv einen Wechsel der Koalitionen zu betreiben. Was lag bei einer solchen Konstellation näher, als durch detaillierte Vorlage von Dokumenten den Sowjets zu zeigen, mit wem sie da eigentlich verhandelten. Der polnische Militärhistoriker Janusz Piekalkiewicz hat sogar die Meinung vertreten, Stalins bis zum Schluß des Zweiten Weltkrieges andauerndes Mißtrauen gegen seine späteren Verbündeten England und Frankreich sei »mit Sicherheit auch auf die Kenntnis der aus Berlin erhaltenen Dokumente« zurückzuführen.

In seiner Reichstagsrede vom 19. Juli 1940 kam Hitler selbst auf den Aktenfund von La Charité zu sprechen. Er führte aus, daß aus den aufgefundenen Akten unleugbar der Versuch englischer und französischer »Politiker und Militärs« nachgewiesen werden könne, »Finnland für ihre Interessen zu verwenden, wie sie sich entschlossen hatten, Norwegen und Schweden zum Kriegsschauplatz zu machen, wie sie beabsichtigten, den Balkan in Brand zu setzen« und »wie sie die Vorbereitungen trafen zum Bombardement von Batum und Baku - unter einer

ebenso gerissenen wie skrupellosen Ausdeutung der ihnen nicht abholden türkischen Neutralität«.

Nicht wenige deutsche Zeitgenossen hielten damals die Behauptung Hitlers und die entsprechenden Veröffentlichungen in der deutschen Presse für eine Propagandaübertreibung oder eine direkte Zwecklüge und nahmen die Meldung über den geplanten Angriff der Westmächte auf Rußland nicht unbedingt ernst. Selbst deutsche Militärs waren zunächst skeptisch. Im Rahmen eines von der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften veranstalteten Symposions erinnerte sich beispielsweise der Stabsoffizier Max Braubach noch sehr genau, wie er als Angehöriger des Stabes des Militärbefehlshabers Frankreich von dem Aktenfund in La Charité erfuhr und dann auch seine teilweise Veröffentlichung im »Weißbuch Nr. 6« des Auswärtigen Amtes in die Hand bekam: »Als ich das Heft mit den Enthüllungen über das Kaukasus-Unternehmen las, habe ich zunächst an eine deutsche Fälschung gedacht, da mir dies Projekt einfach zu phantastisch und unrealistisch schien.«

Die Vorbereitung eines Angriffskriegs, um die es sich handelte, ist auch nach dem Kriege von alliierter Seite nur durch sehr wenige, meist nur knappe,

manchmal auch widersprüchliche Aussagen einiger damals handelnder Politiker und Militärs erwähnt und noch seltener bestätigt worden, so beispielsweise durch die bereits 1951 publizierten Memoiren des französischen Regierungschefs Paul Reynaud. Je mehr sich aber mit zunehmendem zeitlichem Abstand von den Ereignissen das öffentliche Bild des Zweiten Weltkriegs verfestigte, desto zurückhaltender wurden auch die alliierten Quellen. Sehr lange beispielsweise hielten Briten und Franzosen wesentliche Teile auch dieser hier einschlägigen Aktenbestände zurück.

Die Nachfrage seitens jener Größen der Zeitgeschichte, die das verbreitete Bild des Zweiten Weltkriegs prägten, hielt sich ebenfalls in sehr überschaubaren Grenzen. Es ist nicht überraschend, daß es mit dem Iberoamerikanisten Günter Kahle ausgerechnet ein Außenseiter der Zeitgeschichte war, der sich rund dreißig Jahre nach dem Krieg als erster mit dem alliierten »Südplan«, das kaukasische Erdölzentrum zu überfallen, befaßte - »eigentlich nur, weil es mich störte, daß in Deutschland noch niemand darüber gearbeitet hat«. Den Kölner Historiker Kahle (Spezialgebiet: iberische und lateinamerikanische Geschichte) hatte die »mangelhafte Quellenlage«, der

er sich bei der Suche nach Einzelheiten des ihn mehr persönlich als fachlich interessierenden Kaukasus-Unternehmens gegenüber sah, so geärgert, daß er nach London flog, mit dem »Controller of H.M. Stationery Office« verhandelte und im Public Record Office die einschlägigen »Conclusions of the Meetings of the War Cabinet« - soweit sie eingesehen werden durften - sichtete. Er kam mit Photokopien für mehr als 1000 Mark und 20 Kilo Übergepäck an den Rhein zurück - und mit der Erkenntnis, daß die englische Geschichtsschreibung über manche Details bislang »vornehm hinweggegangen« war. Vor der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften hielt er über das Thema einen Vortrag, »ein sehr gerafftes Resümee dessen, was bislang mal hier, mal da und meist nur andeutungsweise« über das abenteuerliche Projekt publiziert worden war. »Wir wissen nun«, so sein Fazit, »daß der Zweite Weltkrieg keineswegs so verlaufen mußte, wie er tatsächlich verlief, sondern daß es wirkliche Alternativen gab. Es hätte alles auch anders kommen können.«

Auch jetzt ist nur ein Teil der einschlägigen Quellen zugänglich. Besonders Paris erteilt Benutzungserlaubnisse für die der Wehrmacht in La Charité in die Hände gefallenen Dokumente nach wie vor sehr

zurückhaltend. Ohnehin nahm der Bestand - im März 1945 nach Ebersdorf in Thüringen evakuiert - ein eigenartiges Schicksal: Die Charite-Akten waren dort in der Reithalle des Barockschlosses des Fürsten Heinrich X. Reuss eingelagert. Zum Transport vom Bahnhof wurde das Arbeitskommando 608 des Stalag LXC befohlen, das sich größtenteils aus französischen Kriegsgefangenen zusammensetzte. Im April 1945 wurden die Franzosen von vorrückenden Amerikanern befreit, und die Akten wurden von den GIs beschlagnahmt. Doch noch ehe sich US-Stellen ein Bild verschaffen konnten, griff Paris ein: Mit einer Blitzaktion wurden die Akten durch ein französisches Kommando wieder nach Vincennes geschafft, von wo sie ursprünglich gekommen waren, und das kompromittierende Material wurde gesperrt. Man stiftete hinterher sogar eine eigene Medaille für die 16 Angehörigen des französischen Kommandos, das die französischen Geheimakten vor der Sichtung durch US-Stellen rettete.

Die Geschichtsschreibung hat sich lange Zeit nur wenig mit den alliierten Plänen gegen die Sowjetunion beschäftigt. Lediglich von französischen Militärs und von russischer Seite wurden einige kleinere Spezialarbeiten vorgelegt. Aus naheliegenden Grün-

den hat auch die sowjetamtliche »Geschichte des Vaterländischen Krieges« das Thema ziemlich kurzweilig behandelt. Erst nachdem 1973 Günter Kahle in seinem erwähnten Vortrag, der auch gedruckt vorgelegt wurde, die Dimension des abenteuerlichen Plans skizziert hatte, widmete sich Hans-Joachim Lorbeer im Rahmen der Arbeit des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, Freiburg, insbesondere den militärischen Aspekten. Ihm stand allerdings nur die kleine Auswahl der »Conclusions of the War Cabinet« zur Verfügung, die Kahle aus London mitgebracht und die er ihm zur weiteren Auswertung übergeben hatte.

Wiewohl eine abschließende wissenschaftliche Auswertung noch aussteht, ergibt sich aus diesen Vorarbeiten, aus Mitteilungen und Memoiren, sowie aus der dem Verfasser überlassenen Auswahl aus dem Bestand des »Service Historique Chateau de Vincennes« ein eindeutiges Bild. Demnach hatten der französische und der britische Generalstab auf Weisung des französischen Ministerpräsidenten Daladier erstmals ab Oktober 1939 die Möglichkeit einer gemeinsamen militärischen Aktion gegen die Sowjetunion untersucht. Abgesehen von der Schwächung Rußlands (später sprach man sogar von der

»Zerschlagung«) hätte eine solche Aktion eine entscheidende Verstärkung der Wirtschaftsblockade gegen Deutschland bedeutet.

In der Gedankenführung alliierter Politiker und Strategen entstand eine gigantische Zangenoperation: Ein alliiertes Expeditionskorps sollte, unter Ausnutzung des sowjetisch-finnischen Konfliktes vom Winter 1939/40 und unter Bruch der norwegischen Neutralität, in Skandinavien landen, auch Schweden unter Druck setzen und in das alliierte Kriegslager zwingen. Politisches Ziel dieses »Nordplans« war die Unterbrechung der deutschen Erzversorgung aus den schwedischen Gruben, militärisches Endziel war der dann möglich werdende Vorstoß in den Norden der Sowjetunion und die Wegnahme des wichtigen Hafens Murmansk.

Ab Januar 1940 arbeiteten die alliierten Generalstabchefs auf Weisung ihrer Regierungen an dem parallelen »Südplan« mit der Zielsetzung eines Angriffs auf die sowjetischen Ölzentren im Kaukasus. Schon Ende Februar 1940 konnte General Gamelin seinem Ministerpräsidenten melden, »die Aktion gegen die russische Erdölindustrie im Kaukasus« würde es ermöglichen, Deutschland die gesamte Versorgung aus Rußland zu sperren und die Blok-

kade im Osten schließen. »Deutschland müßte sich damit begnügen, von den Zufuhren aus den nördlichen Ländern und dem Balkan zu leben, den letzten wirtschaftlichen Zufluchtsorten, wo es sich noch verteidigen könnte.«

Was die Angriffsziele anging, wies Gamelin darauf hin, daß von drei wichtigen Zentren der sowjetischen Ölproduktion die Gebiete von Groznyi und Maikop selbst für Luftoperationen zu weit entfernt lägen, so daß nur das Gebiet zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer, zwischen Batum und Baku, in Frage käme. Doch ohnehin stammten nahezu 75 Prozent der russischen Erdölerzeugung aus diesem Gebiet.

Gamelins Denkschrift beschäftigte sich auch schon mit dem möglichen operativen Ablauf des Unternehmens. Da wegen des unwegsamen Geländes speziell in der Türkei, die man ohnehin erst ins alliierte Lager herüberziehen müsse, ein Landangriff nicht in Frage käme, »muß man also einen Angriff auf Baku aus der Luft in Aussicht nehmen«.

Als Absprungbasen für die Luftoperationen sah Gamelin vor allem den Raum von Ober-Djezireh, den sogenannten »Entenschnabel«, in Syrien, damals französisches Mandatsgebiet, und das Gebiet

um Mossul im britisch dominierten Irak vor. Nach weiteren Studien der Stäbe und nachdem man die Bedenken wegen der unvermeidlichen Verletzung der iranischen und der türkischen Souveränität recht leicht überwunden hatte (»Es ist besser, die Türken vor vollendete Tatsachen zu stellen«), drängte der Alliierte Oberste Kriegsrat in London bereits am 28. März 1940 auf die schnelle Verlegung der Bomberstaffeln auf ihre nächstlichen Basen.

Insbesondere Frankreichs Ministerpräsident Reynaud, der Nachfolger des im März zurückgetretenen Daladier, drängte auf den Abschluß der Vorbereitungen »binnen zwei Wochen«, während der britische Premierminister sich hinsichtlich des Beginns der Kaukasus-Operation noch nicht festlegen wollte. Schließlich einigte man sich darauf, die französischen und englischen Stäbe getrennt die Angriffsmöglichkeiten noch einmal untersuchen zu lassen.

Schon Anfang April (1940) lagen die neuen Studien vor, und beide waren einander sehr ähnlich. Sie sahen vor, die Angriffe mit zunächst neun Staffeln — allerdings modernster Bomber — zu beginnen, die in mehreren Wellen im Abstand von jeweils zwei bis drei Tagen im Zeitraum von etwa einem Monat ausreichen sollten, die insgesamt 122 Erdölraffine-

rien zwischen Batum und Baku zu zerstören und das Zentrum des sowjetischen Erdölgebiets in ein Flammenmeer zu verwandeln.

Während die französischen Generalstäbler überhaupt keine Verluste einkalkuliert hatten, rechneten die britischen Planer immerhin mit einer Verlustquote der eingesetzten Bomber von zwanzig Prozent. Ein Mißerfolg erschien aber auch ihnen ausgeschlossen. Sie waren sich sicher, daß »die Zerstörung der vorgesehenen Ziele früher oder später zum totalen Zusammenbruch des Kriegspotentials der UdSSR« führen müsse.

Die Fehleinschätzung der Sowjetunion, die wesentlich auf das schlechte Abschneiden der Roten Armee im gerade zu Ende gegangenen finnisch-sowjetischen Winterkrieg sowie auf völlig wirklichkeitsferne Beurteilungen ihrer Stärke durch den in London zu Rate gezogenen polnischen General Sikorski zurückging (»Die sowjetische Armee verfügt über nicht mehr als zwei voll kampfkraftige Divisionen. Alles Übrige ist von erbärmlicher Qualität.«), war freilich geradezu grotesk. Selbst die ursprünglich optimistischen und überheblichen Einschätzungen der militärischen Kraft der Sowjetunion durch Hitler und stärker noch durch seinen

Heeresgeneralstabschef Franz Halder vor Beginn des deutschen Rußlandkrieges, erscheinen im Vergleich dazu pessimistisch. Der hier schon mehrfach zitierte Zeitzeuge Paul K. Schmidt, der den »inneren Kreis der Macht« im Berlin der Jahre 1940/41 aus der Nähe beobachten konnte, meint sogar, die Kenntnis der französisch-britischen Kaukasus-Pläne sei auch für Deutschland fatal gewesen: »Die Pläne der Alliierten haben Hitlers Denken stark beeinflusst, sie haben ihn bestärkt in Urteilen, ich kann mit Sicherheit sagen, daß Hitler argumentierte: Wenn sogar die Franzosen glaubten, daß ein Angriff auf das Territorium der Sowjetunion Erfolg haben konnte, und wenn die deutsche Wehrmacht die französische Armee so exemplarisch, geradezu schulmäßig besiegte, dann war ein deutscher Angriff auf Rußland vielleicht gar kein so großes Risiko? Hitler hat sich für diese Akten brennend interessiert, er hat wesentliche Teile der La Charite-Akten Blatt für Blatt studiert, ich halte sogar für denkbar, daß die deutsche Formel: in acht Wochen an der AA-Linie, der Linie Archangelsk-Astrachan, auch auf diese französischen Pläne zurückging. Die Alliierten sahen ja Landungen und Luftangriffe im Norden in Murmansk und Archangelsk, und im Süden in Baku und Astrachan vor.«

Doch trotz des aus der Rückschau geradezu lächerlichen Kräfteansatzes hatten die verantwortlichen Gremien und Stäbe dann Anfang April 1940 anhand des französischen (RIP) und eines britischen Plans (MA 6) entschieden, die sowjetischen Raffinerien und Hafenanlagen von Batum, Poti, Grosny und Baku mit 50-Kilo-Bomben zu belegen - insgesamt 70 Tonnen je Angriff auf insgesamt 100 Ziele, eine »Operation Magique«, wie der französische Luftwaffengeneral Chassin, der nach dem Krieg in einer internen Studie die alliierten Planungen gegen Baku einer rein militärischen Kritik unterzog, erschüttert formulierte: »70 Tonnen Bomben auf 100 Raffinerien. Man glaubt zu träumen.« Aber wenn es auch abenteuerlich war, so wurde die Vorbereitung des Angriffskriegs auf die Sowjetunion dennoch ernsthaft befohlen.

Das Bemerkenswerteste für mich an diesen Plänen ist, daß damals die Vorstellung, Krieg sei ein Mittel der Politik, eine »Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln«, nicht nur bei den Deutschen herrschte, sondern weitverbreitet war. Bei den Russen ja sowieso, aber eben auch bei Staaten des Westens mit einer demokratischen Verfassung. Es galt damals als legitim, in Kriegen zu denken. Bei den Alliierten ging

das soweit, daß sie schon in Angriffskriegen dachten, nur um einen Bundesgenossen Deutschlands zu treffen, den sie kurz vorher noch als Bündnispartner gegen Deutschland umworben hatten - und dem sie wenig später erneut weitgehende Avancen machten.

Pläne mit Tradition: Frühere Interventionen in Rußland

Solche Pläne muten heute phantastisch an. Doch dem historischen Gedächtnis der Engländer und Franzosen des Jahres 1939 waren Interventionen der Westmächte gegen Rußland gut vertraut. Noch war der »Geist von Balaklava« bei britischen Militärs ein geflügeltes Wort, waren Plätze und Straßen in britischen Stadtplänen nach diesem historischen Ort auf der Halbinsel Krim benannt. Dort hatte eine »Leichte Brigade« britischer Kavallerie 1855 ihre legendäre Attacke gegen die Stellungen der russischen Artillerie geritten und war in einem fürchterlichen Gemetzel untergegangen. Aber der »Mythos von Balaklava« wurde zum Zeichen besonderer angelsächsischer Todesverachtung, und er hielt die Erinnerung an den Krimkrieg wach, in dem Mitte des 19. Jahrhunderts England und Frankreich zum ersten Mal Flotten und Armeen gegen die heraufziehende Großmacht Rußland kämpfen ließen. 70000 Franzosen und 22000 Engländer bezahlten mit ihrem Leben die Rechnung für diese erste Intervention der Westmächte gegen das russische Reich.

Ursache des Krimkriegs war vordergründig die

»Orientalische Frage«, die Frage also, was mit dem Osmanischen Reich, dem »Kranken Mann am Bosphorus«, geschehen sollte, für dessen europäische Provinzen sich auch Rußland interessierte. Doch für Paris und London wurde die Überzeugung, Rußlands »Flügel der Macht« müßten ohnehin gestutzt werden, immer entscheidender. Lord Henry John Temple Palmerston, Innen- und Kriegsminister Ihrer britischen Majestät, sah die britische Weltstellung bedroht und setzte sich schon 1852 für eine Beteiligung Englands am Krimkrieg, auf der Seite der Türken, ein. Die *Times* verlangte damals, Rußland müsse »durch eine exemplarische Niederlage« bestraft werden. Nach Auffassung der Engländer stand ein Weltreich nur ihnen zu, anderen Völkern jedoch selbstverständlich nicht. Der damalige Botschafter Österreichs in London, Graf Ficquelmont, monierte am Vorabend des Krimkriegs, England maße sich an, »den Weltfrieden auf den Lippen, überall von seiner Macht Gebrauch zu machen«, ganz gemäß dem Sprichwort: »Wenn zwei dasselbe tun, ist es niemals dasselbe.«

Die Westmächte gewannen diesen von 1853 bis 1856 dauernden Krieg durch ihre militärische Überlegenheit auf der Halbinsel Krim. Nach dem Fall von Sewastopol erklärte Napoleon III. für Frankreich:

»Wir haben Besitz vom Schwarzen Meer ergriffen, wir werden es um keinen Preis mehr loslassen.« Lord Palmerston, in der zeitgenössischen Kritik »Lord Feuerbrand« genannt, schwebte sogar die Ausweitung des Krieges vor. Er wollte ihn nicht nur im Schwarzen Meer führen, sondern auch in der Ostsee. So plädierte er dafür, die russische Ostseefestung Kronstadt in die Luft zu sprengen, und er diskutierte darüber lebhaft mit dem Erfinder eines Unterseeboots.

Die Franzosen, in ihren Feindschaften oft leidenschaftlicher als die Engländer, wurden jenseits der Machtpolitik sogar von dem Gedanken angetrieben, Rußland die Erinnerung an die Niederlagen Napoleons 1812 in Moskau, 1813 in Leipzig und 1815 in Waterloo heimzuzahlen. Gustave Dore verdeutlichte das 1855 mit einer Karikatur. Französische Soldaten stopften darin dem russischen Zaren die Zahl »1812« mit dem Gewehrkolben in den Mund, mit dem Text: »So alter Freund, jetzt kannst Du endlich verdauen, was du uns so oft vorgekaut hast.«

Aufgrund der »deutschen« Russen-Generale wie Eduard Graf von Todleben und Graf von der Ostensacken, die im Krimkrieg gegen Engländer und Franzosen fochten, war es damals schon der Gedanke

an eine preußisch-deutsch-russische Allianz, die für Unruhe in den Köpfen alliierter Militärs und Politiker sorgte.

Die Franzosen und Engländer, die zwei Generationen später, 1939 und 1940, Pläne für ein neues Abenteuer gegen Rußland schmiedeten, mußten freilich nicht erst bis zum Krimkrieg zurückdenken, wenn sie Parallelen für ein Eingreifen im Osten suchten. Ihnen erschienen ihre Pläne mit den Decknamen »RIP« und »MA 6« nicht viel mehr als eine Neuauflage alliierter Politik, die gerade erst zwanzig Jahre zurücklag. Denn damals, gleich nach der bolschewistischen Revolution, gegen Ende des Ersten Weltkriegs und in den ersten Jahren danach, hatten die westlichen Demokratien schon einmal in der Sowjetunion militärisch interveniert, hatten Expeditionskorps und Kriegsflotten entsandt. Und schon einmal hatten Namen wie Murmansk und Archangelsk, Baku, Batum und Astrachan in Kriegsplänen englisch-französischer Stäbe eine Rolle gespielt. Die War Lords, Generäle und Marschälle der Alliierten, konnten sich 1939/40 auch noch persönlich ihrer militärischen Abenteuer gegen die ebenso verachteten wie verhaßten Bolschewisten erinnern.

Auch General Maxime Weygand, einer der geisti-

gen Väter des geplanten Überfalls auf die Sowjetunion im Jahr 1940, hatte zwei Jahrzehnte vorher aus innerer Überzeugung gegen die Rote Armee im Kampf gestanden. In seinen Memoiren sinniert er rückblickend geradezu wehmütig über das Scheitern des ersten antibolschewistischen Kreuzzugs.

Begonnen hatte die interventionistische Politik der Westmächte bereits Ende 1917. Das junge bolschewistische Rußland hatte mit dem Deutschen Reich den Separatfrieden von Brest-Litowsk geschlossen und war aus der Kriegskoalition gegen Deutschland ausgeschieden. England und Frankreich standen nun vor der Wahl, der Entwicklung im Osten zugunsten einer Konzentrierung ihrer Kräfte im Westen keine Aufmerksamkeit mehr zu schenken oder sich zusätzlich auch in Rußland zu engagieren. Paris und London entschieden sich für die Intervention. In den russischen Häfen Murmansk, Archangelsk und im fernöstlichen Wladiwostok waren ohnehin Munitions- und Waffenlager angelegt, die ursprünglich der Unterstützung der russischen Front gegen die Mittelmächte dienen sollten. Nachdem deutsche Truppen Anfang 1918, entsprechend dem Brest-Litowsker Vertrag, das Baltikum besetzt hatten und auch in Finnland gelandet waren, erschien den Alliierten

Eile geboten. Sie argwöhnten ein weiteres deutsches Vorrücken, vielleicht sogar bis nach Murmansk. Das dortige Kriegsmaterial sollte weder in die Hände der Deutschen noch in die der Bolschewisten fallen, von denen man eine weitergehende Zusammenarbeit mit Berlin erwartete.

Auch im Süden glaubte man entsprechend gegen ein deutsches oder türkisches Vordringen in den Kaukasus und die Inbesitznahme der russischen Ölzentren zwischen Baku und Batum Sicherheitsmaßnahmen treffen zu müssen. »In jedem Fall«, so der Osteuropa-Historiker von Rauch, »schien zunächst der englischen, später auch der französischen Regierung ein Eingreifen unerlässlich zu sein.«

Im März 1918 landeten englische Truppen in Murmansk, kurz darauf auch in Wladiwostok, im Juni wurden die englischen Interventionstruppen in Nordrußland verstärkt und ein militärisches Oberkommando unter General Poole gebildet. Im August kam es zu einer neuen Ausschiffung britischer Kontingente in Archangelsk unter General Ironside. Eben jener William Edmund J. Baron Ironside, ein Meter zweiundneunzig groß, »arrogant und gönnerhaft«, wie ihn der britische Autor Alistair Hörne charakterisierte, war zu Beginn des Zweiten Weltkriegs der

Chef des Generalstabs des Britischen Empire und hing Anfang 1940 mehrmals militärischen Träumen von einem Angriff auf die Sowjetunion nach.

Ende 1918 befehligte Ironside in Nordrußland 15 000 Mann alliierter Truppen und »beriet« weitere 8 000 Mann des »weißen«, antibolschewistischen Bürgerkriegsgenerals Miller. Auch im Süden, im Kaukasus und am Kaspischen Meer, waren - aus Persien vordringend - britische Truppen in russisches Territorium eingedrungen und hatten die Bildung »weißer« Gegenregierungen militärisch abgestützt. Diplomatische Protestnoten seitens der sowjetischen Zentralregierung konnten London in seiner Politik nicht beeinflussen.

Die Verwicklung der westlichen Demokratien in die innerrussischen Wirren wurde noch deutlicher, als Anfang Juli der erst drei Monate vorher in Rußland eingetroffene deutsche Botschafter Wilhelm von Mirbach von Sozialrevolutionären ermordet wurde. Die Sozialrevolutionäre Partei, auf Oppositionskurs zu den Bolschewisten, störte sich keineswegs am bolschewistischen Terror, sondern primär an deren außenpolitischem Kurs. Sie verlangte die Kündigung des Brest-Litowsker Friedens, den Bruch mit der (noch) kaiserlich-deutschen Regierung und

den Wiedereintritt Rußlands in den Krieg gegen die Deutschen an der Seite der Alliierten.

Die Erbitterung der Sowjetführung und die Schärfe ihrer Protestnoten nahm zu als sich herausstellte, daß Frankreichs Botschafter Joseph Noulens die Sozialrevolutionäre »zur Bestreitung der Unkosten« mit zweieinhalb Millionen Francs unterstützte und daß die Chefin der Sozialrevolutionären »Schutztruppe«, Maria Alexandrowna Spiridonowa, zur französischen Militärmission in Moskau enge Beziehungen unterhielt und daß sie auch die Fäden zum Attentat auf den deutschen Botschafter geknüpft hatte.

Auf ähnlicher Linie lagen die Aktivitäten des britischen Generalkonsuls Bruce Lockhart, der von den Sowjets Ende August 1918 in Moskau verhaftet, vernommen und zwei Monate lang festgehalten worden war, ehe sie ihn im Austausch gegen den in London wegen »revolutionärer Umtriebe« inhaftierten Maxim M. Litwinow, einen späteren sowjetischen Außenminister, wieder freiließen. Lockhart hat später in einem erstaunlich offenen Buch über seine amtlichen, völkerrechtswidrigen Verbindungen zu »weißen« Aufständischen und die Verbindungen, die er für sie zu Briten-General Poole in Murmansk herstellte, ausführlich berichtet.

In diesen Sommer- und Herbstwochen vor dem Ende des Ersten Weltkriegs hatten sich die Verhältnisse zwischen den Westmächten und der Sowjetregierung so zugespitzt, daß von »Beziehungen« kaum noch zu sprechen war. Abgesehen von ein paar britischen Konsulats- und Botschaftsangehörigen, die sich in den Schutz britischer Truppen nach Archangelsk begeben hatten, war auf dem Feld der britisch-sowjetischen und französisch-sowjetischen Beziehungen tabula rasa. England und Frankreich betrachteten die offiziellen Kontakte als abgebrochen. Auch die neutralen Staaten folgten dem Beispiel von Paris und London und stellten den sowjetischen Bevollmächtigten die Pässe zu.

Den Ausweg aus der politischen Isolation, den der sowjetische Außenkommissar (Außenminister) Tschitscherin seit seinem Amtsantritt Ende Mai erkundete, schien alle Befürchtungen der Westalliierten über ein weiteres deutsch-sowjetisches Zusammengehen nur noch zu bestätigen. Denn Georgij Wissiljewisch Tschitscherins außenpolitische Konzeption war durch eine stark antibritisch geprägte Haltung bestimmt. Einer russischen Adelsfamilie entstammend, hatte Tschitscherin nach dem Jurastudium und dem Eintritt in den diplomatischen

Dienst des Zarenreichs als 30-jähriger Kontakte zu den verbotenen russischen Sozialdemokraten aufgenommen. Während des Krieges lebte er in London, trat dort mit radikalen Kriegsgegnern in Verbindung und wurde im August 1917 von den britischen Behörden wegen »defaitistischer Propaganda« verhaftet. Erst nach Lenins Oktoberrevolution, noch in britischer Haft, bekannte er sich zum Bolschewismus. Die Sowjetunion mußte erst mit Vergeltungsmaßnahmen gegen Engländer in Rußland drohen, um seine Freilassung zu erzwingen.

Für Tschitscherin galt London als die Hydra des Weltkapitalismus, die sich aus der andauernden Unterdrückung anderer Völker und der Ausbeutung ganzer Kontinente nährte. Er war es deswegen auch, der die farbigen und kolonialen Völker ebenso zu den natürlichen Verbündeten des jungen Sowjetstaats zählte, wie die bisher von den Kolonialmächten niedergehaltenen Staaten, als deren wichtigsten er China betrachtete. In Europa maß er Deutschland die größte Bedeutung zu. Das Deutsche Reich war in seiner Betrachtung nicht vorrangig als Brückenkopf der Weltrevolution, sondern als von der Geographie vorgezeichneter Partner von Interesse, mit dem die labile Sowjetunion Rücken an Rücken stehen und

den kapitalistischen Westmächten trotzen konnte. Daß Tschitscherin kaum vier Jahre später, im April 1922, den Vertrag von Rapallo entwarf und damit bis heute nicht zur Ruhe gekommene Ängste der Westmächte weckte, liegt auf derselben Linie.

Am 1. August 1918 überraschte der Außenkommissar den gerade erst in Moskau eingetroffenen neuen deutschen Botschafter Karl Helfferich, den Nachfolger des ermordeten von Mirbach, mit einem sensationellen Vorschlag. Tschitscherin kam gerade von einer Sitzung des »Rats der Volkskommissare«, des sowjetischen Kabinetts. Dort hatte man nichts Geringeres beschlossen als einen Hilferuf an das kaiserliche Deutschland, der zugleich ein Angebot für ein deutsch-russisches Militärbündnis war. Kern des Angebots war der Vorschlag, die in Finnland stationierten deutschen Truppen sollten im Zusammenwirken mit »roten« Verbänden das Vorrücken der Engländer von Murmansk aus nach Süden verhindern.

Man war im Kreml der Auffassung, die Engländer würden den Vorstoß auf Petrograd (bis 1914 Petersburg, seit 1924 Leningrad und jetzt wieder Petersburg) vorbereiten und dem Sowjetstaat das Tor zur Ostsee schließen. Nur das deutsche Heer,

so das Kreml-Kalkül, konnte noch imstande sein, die englischen Interventionstruppen zu schlagen. Das deutsche Interesse, so legte Tschitscherin nahe, mußte doch ebenso darauf gerichtet sein, den Engländern die Wiedererrichtung einer neuen Front gegen Deutschland im Osten unmöglich zu machen. Das »Changement de Coalitions«, das zu den Möglichkeiten der in diesem Band geschilderten Ereignisse auch des Zweiten Weltkriegs gehört, hatte aber bereits im zu Ende gehenden Ersten sein Vorspiel. Doch Helfferich, auch mit Phantasie wenig begabt, erledigte den sowjetischen Vorschlag schnell. Zwar berichtete er nach Berlin, empfahl aber nicht nur Ablehnung, sondern den genau entgegengesetzten Kurs, die Verlegung der deutschen Botschaft, weg von Moskau in den Schutz deutscher Truppen und ein militärisches Bündnis mit den »weißen« Bürgerkriegsarmeen, die ehemalige Zarengeneräle zur Erledigung des Bolschewismus aufgestellt hatten. Auch in Moskau, so schloß er sich der Meinung seines Militärattaches an, könne mit ein paar deutschen Bataillonen »die Ordnung wiederhergestellt werden«.

Auf diese Utopie, nach der bolschewistischen Revolution im riesigen russischen Reich wieder eine,

auf deutsche Bajonette gestützte Rechts-Regierung zu installieren, ging das Auswärtige Amt in Berlin dann doch nicht ein, allerdings auch nicht auf die umwälzenden Gedanken Tschitscherins. Man verstand sich nur zu einer Fortsetzung des in Brest-Litowsk begonnenen Mittelwegs und schloß Ende August einen Zusatzvertrag ab. Er hatte keinen zündenden politischen Gedanken, sondern verwaltete einen deutsch-russischen Status quo.

Der sang- und klanglose Untergang des Deutschen Kaiserreichs in der Novemberrevolution und der Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reich und den Westmächten führte zu einer neuen politischen Lage. Das deutsche Heer war kein Machtfaktor mehr, Moskau konnte sich erlauben, den Friedensvertrag von Brest-Litowsk zu kündigen, die Rote Armee konnte in die von den Deutschen geräumten Gebiete Rußlands, der Ukraine und der gerade erst unabhängig gewordenen baltischen Staaten einrücken.

Die Angst vor einem deutsch-russischen Bündnis

Den Strategen der Weltrevolution lag Deutschland zum Greifen nahe. Nicht nur die »Spartakisten« unter Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verlangten die Umwandlung ganz Deutschlands in eine Sowjetrepublik, Lenin entsandte auch seinen Vertrauten Karl Radek, einen gewandten Journalisten, nach Deutschland. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wurde gegründet. In den ersten Wochen des Jahres 1919 wurde Deutschland von kommunistischen Aufständen geschüttelt. »Räterepubliken« nach sowjetischem Muster vom Ruhrgebiet bis nach Bayern vermittelten bei den Siegern in London und Paris den Eindruck, nun sei sogar eine deutsch-russische Konstellation unter »roten« Führern denkbar. Ein Aufruf Radeks an die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte zum gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistischen Siegermächte klang deren Führern wie eine Alarmglocke in den Ohren.

Obwohl Deutschland geschlagen und damit der Grund entfallen war, eine zweite Front gegen Deutschland im Osten zu errichten, entschied sich der Oberste Rat der Alliierten zu einer Fortsetzung der Militärintervention in Rußland. Noch ehe das

letzte Weltkriegsjahr zu Ende ging, sahen alliierte Politiker und Strategen die Vision eines neuen Feldzugs, eines Weltanschauungskrieges gegen den »gottlosen Bolschewismus«, der überlall lautstark verkündete, er werde dem Kapitalismus den Garaus machen.

Um einander nicht ins Gehege zu kommen, teilten England und Frankreich die Sowjetunion in Interessensphären auf. Das Gebiet westlich des Don mit der Ukraine und der Krim sollten zum französischen, der Kaukasusraum und das Gebiet östlich des Kaspischen Meeres, sowie der Raum zwischen Murmansk und Archangelsk sollten zum englischen Einflußgebiet gehören.

Bereits Mitte November lief ein gemischter Flottenverband ins Schwarze Meer ein. Englische Truppen gingen in Batum und Baku an Land, französische in Odessa. Gleichzeitig wurden die Waffenlieferungen für die »weiße« Bürgerkriegspartei verstärkt und selbsternannte Gegenregierungen, wie die des ehemaligen Zarenadmirals Koltschak im sibirischen Omsk, unterstützt.

Die Flammen des antibolschewistischen Eifers schlugen indes bei den Franzosen - genau wie 1939/40, zwei Jahrzehnte später - deutlich höher

als bei den Briten. Während sie die direkte militärische Konfrontation mit der Roten Armee vermieden, ließen Frankreichs Generäle ihre Soldaten gerne das Weiße im Auge des Feindes suchen. Im Februar 1919 versammelte General Janin, der Leiter der französischen Militärmission, eine Streitmacht von 40-50000 Mann in der Ukraine. Zu zwei französischen Divisionen traten griechische, rumänische und polnische Einheiten unter seinen Befehl.

Der Meinungsstreit im alliierten Lager über die »richtige« Politik in der russischen Frage wurde ungeniert vor der Öffentlichkeit ausgetragen. 1918 verlangte Englands Kriegsminister Lord Milner per Leserbrief in der *Times* die harte Bekämpfung der Bolschewisten. Auch Winston Churchill vertrat damals eine extrem antibolschewistische Linie, während Premierminister Lloyd George und andere britische Politiker eine vorsichtige Haltung vorzogen. Lloyd George vertrat diese Politik auch im Februar 1919 bei den Gesprächen zwischen Briten, Franzosen und Amerikanern in Paris, bei denen es um die Friedensbedingungen ging, die man den Deutschen, Österreichern und Türken diktieren wollte, aber auch um das alliierte Vorgehen gegenüber Rußland. Die Konferenz folgte zunächst den Ausführungen des

britischen Premiers, zumal er auf Sympathien mit den Sowjets in der britischen Bevölkerung und auf die Kriegsmüdigkeit der Armee hinweisen konnte.

Wieder war es mit Marschall Ferdinand Foch ein französischer Militär, der gegen Lloyd George ohne jede Kompromißbereitschaft die Politik der Intervention verfocht. Die Alliierten, so hatte er schon im Februar gegenüber Woodrow Wilson geäußert, würden den Krieg noch nachträglich verlieren, wenn ihnen eine zufriedenstellende Lösung der russischen Frage nicht gelinge. Foch, der im August 1918 die entscheidende Offensive gegen das deutsche Heer gewonnen hatte, warf sein ganzes militärisches Prestige in die Waagschale.

Was für den Scharfmacher Foch »zufriedenstellende Lösungen« waren, hatte schon auf der gleichen Pariser Konferenz sein Einfallsreichtum gezeigt, mit dem er immer neue Demütigungen für das geschlagene Deutschland ersann. Die militärische Grenze Frankreichs wollte er ganz an den Rhein legen, die »Boches« konnte er sich für die Zukunft nur unter der strengen Aufsicht der französischen Hegemonialmacht vorstellen. Erst der Widerstand des französischen Ministerpräsidenten konnte ihn disziplinieren.

Von ähnlicher Radikalität waren Fochs Pläne, die er für Rußland vorgesehen hatte. Mit der Idee eines »Cordon sanitaire«, den die Politik der Westmächte aus den Randstaaten Litauen, Lettland und Estland, aus dem wiedererstandenen Polen, dem neuen Kunstprodukt Tschechoslowakei und aus Rumänien zum Schutz vor dem bolschewistischen Rußland errichten wollte, konnte sich Foch nicht befreunden. Er sah das Heil des Kontinents allein in aktivem Vorgehen, in einem Kreuzzug gegen die Sowjetunion.

Unter französischer Führung wollte der Marschall britische und französische Divisionen, Flottenverbände, Einheiten aus ostkriegserfahrenen deutschen Kriegsgefangenen, Balten, Polen und Rumänen zum Marsch in die Weiten Rußlands zusammenfassen. Selbst eine Legion mit Freiwilligen aus aller Welt war vorgesehen. Sogar die USA beteiligten sich vorübergehend an der Intervention: Aus Manila verlegten sie 5 000 Mann in den sowjetischen Osten. Japan beteiligte sich zeitweise sogar mit bis zu 70000 Mann.

Ein Schüler des Marschalls, der damals 52-jährige Divisionsgeneral Maxime Weygand, war ausersehen, das Werk zu vollenden, an dem Napoleon vor hundert Jahren gescheitert war. Der begabte Offizier hatte dem Marschall den ganzen Weltkrieg über als

Chef des Stabes und als unersetzlicher Mitarbeiter gedient, im März 1918 war er zum »Général de Division« befördert worden. Im November fungierte er als Protokollant der deutschen Kapitulation und gerade erst hatte man ihn zum Generalsekretär des »Comité Militaire Interallié« in Versailles ernannt.

Für seinen Kreuzzugsplan konnte Foch freilich auch ernstzunehmende Gründe ins Feld führen. Noch war Deutschland von kommunistischen Unruhen geschüttelt, wuchs die kommunistische Bewegung weiter, noch betrieb sie in Bayern ihre Republik. Auch die Berichte über den kommunistischen Aufstand in Ungarn zeigten den Ernst der Lage. Das Gespenst einer politischen Kombination Deutschlands und Rußlands spukte wieder in den alliierten Köpfen. Noch war in Deutschland die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Friedensdiktats von Versailles nicht gefallen. Für Foch war schnelles militärisches Handeln allemal richtiger, als darauf zu warten, daß ein »rotes« Deutschland sich der Diktatur der Sieger widersetze.

Schon glaubte sich Foch einer Mehrheit sicher, da traten die USA auf den Plan und machten den Kreuzzugsplänen gegen den Bolschewismus einstweilen den Garaus. Im Auftrag Präsident Wilsons

hatte William C. Bullitt, der spätere US-Botschafter in Paris, Rußland bereist und die Meinung gewonnen, eine Schwächung Rußlands sei im Hinblick auf die Position Japans an der pazifischen Gegenküste der USA nicht im amerikanischen Sinne. Stattdessen schlug er ein Zusammengehen der USA mit dem jungen Sowjetstaat vor. Ende März 1919 wurde Fochs Plan vom Obersten Rat der Alliierten abgelehnt.

Die Niederlage des Marschalls bedeutete aber nicht das Ende westlicher Interventionen. Zwar wurde die französische Flotte aus dem Schwarzen Meer zurückgerufen, wurde Odessa geräumt. Doch London verstärkte sein Truppenkontingent in Archangelsk sogar vorübergehend.

Kein geringerer als Winston Churchill, Erster Lord der Admiralität, war vom War Cabinet Anfang März 1919 beauftragt worden, »alle notwendigen Maßnahmen« zu ergreifen, um die Evakuierung der in Nordrußland stationierten alliierten Kräfte und eines Teils ihrer russischen Verbündeten zu sichern. Churchill berichtet: »Aufgrund dieser Entscheidung stellte ich zwei Brigaden mit je viertausend Mann auf. Sie waren aus Freiwilligen der großen Armeen gebildet, die gerade demobilisiert wurden. Offiziere und Mannschaften meldeten sich genug, schon nach

wenigen Tagen konnten die Rekrutierungsbüros geschlossen werden. Diese erstklassigen, kriegserfahrenen Soldaten wuchsen schnell zu schlagkräftigen Einheiten zusammen. Sie wurden nach Archangelsk eingeschifft, kaum daß der Hafen eisfrei war.«

im August wurden weitere Verbände, unter dem Kommando des Weltkrieg-Heros der britischen 4. Armee, Lord Rawlison, in Archangelsk ausgeschifft: Drei Bataillone Infanterie, ein Bataillon Marineinfanterie, ein Maschinengewehr-Bataillon, Artillerie, Pioniere und Panzer. Mit diesen Verbänden griffen die Briten die Rote Armee an und schlugen sie, fast 200 Kilometer landeinwärts, nachhaltig. Die Dwina, die bei Archangelsk in das Weiße Meer mündet, wurde fast 200 Kilometer flußaufwärts vermint. Doch Ende September 1919 war auch Archangelsk von den Briten geräumt, Murmansk im Laufe des Oktobers.

Im Süden wurde Baku im Sommer geräumt, Batum blieb noch bis Mitte des nächsten Jahres besetzt. Auch die Unterstützung der »weißen« Gegenregierung Koltschaks wurde noch einige Zeit fortgesetzt, doch wurde deren Lage Ende 1919 gegen eine besser organisierte Rote Armee immer hoffnungsloser.

Das Vertrauen in alliierte Zusagen wich zunehmendem Mißtrauen. Wie begründet es war, zeigte

sich wenige Wochen später: Im Januar 1920 hatte sich auch in Sibirien das Blatt zugunsten der Bolschewisten gewendet. Koltschak, der Regierungschef von Englands und Frankreichs Gnaden, begab sich in Irkutsk mit seinem ganzen Stab in den Schutz der alliierten Militärmission. Doch General Janin, deren Chef, lieferte den Freund von gestern der Roten Armee aus. »Admiral Koltschak«, so heißt es lakonisch in einem alliierten Bericht, »erwies sich als zu schwach für eine Unterstützung.« Selbst Churchill schildert die Vorgänge mit Unbehagen: »Der Admiral war immer ruhig und beherrscht. Weder mit Worten noch in seiner Haltung zeigte er Todesfurcht. Doch als er ausgeliefert wurde, funkelten seine Augen und mit einem geringschätzigen Lächeln sagte er: >So sieht also das sichere Geleit aus, das mir Janin garantierte. Ein internationaler Akt des Verrats. Ich bin auf alles vorbereitet/ Koltschak wurde dann, zusammen mit seinem Premierminister, M. Pepelaiev, im Irkutsker Gefängnis eingesperrt.«

Im Morgengrauen des 7. Februar 1920 wurden sie in ihren Zellen auf die übliche bolschewistische Weise ermordet - mit dem Genickschuß.

Doch nicht nur Verrat war vom Kreuzzug geblieben. Londoner Wirtschaftskreise hatten entdeckt,

daß sich auch mit der Sowjetunion ein gigantisches Ostgeschäft entwickeln ließ. Ihnen kam es gelegen, daß der britische Premier die Meinung vertrat, man könne den Bolschewismus nicht mit Waffengewalt besiegen, und daß die Blockade, die man um die Sowjetunion gelegt hatte, aufgehoben wurde. Hatten die Westmächte bis dahin militärische Aktionen, ja sogar den Weltanschauungskrieg gegen Rußland für ein keineswegs außergewöhnliches Mittel der Politik gehalten, setzte man nun auf Verhandlungen.

Entsprechend zwiespältig war das Fazit, das britische Politiker nach dem Ende des Rußlandabenteuers zogen. »Eine Intervention mit hoffnungslos schwachen Mitteln war eine jener jämmerlichen Halbheiten, die in der Politik Verbrechen sind«, konstatierte der ehemalige britische Generalkonsul in Moskau, Bruce Lockhart, in seinen Memoiren.

Symptomatisch für das britische Vorgehen war die Einschätzung der sowjetischen Entwicklung, wie sie Londons Botschaft in Petrograd, George Buchanan, in seinem Bericht »Meine Mission in Rußland« vornahm. Ursprünglich hatte er nach dem November 1917 seiner Regierung von einem vollständigen Bruch mit den Bolschewisten abgeraten, mit der Begründung, dieser lasse den Deutschen in Rußland

»freies Spiel«. Erst nachdem die Bolschewisten die verfassungsgebende Versammlung aufgelöst und zwei Ex-Minister ermordet hatten, änderte sich seine Meinung. Englands einflußreichster Rußlandkenner wurde zum entschiedenen Verfechter einer Politik der bewaffneten Intervention.

»Ich behauptete«, so Buchanan, »das russische Problem sei der Angelpunkt der internationalen Lage. Solange es ungelöst bliebe, könne Europa nicht im Frieden leben. Wenn man Rußland seinem Schicksal überließe, könnte Deutschland eines Tages die Kontrolle über Rußlands Menschenmaterial und seinen unsagbaren Reichtum an Mineralien an sich reißen. Erlaubte man jedoch den Bolschewiken, ihre Position zu konsolidieren, so würden ihre Agenten die umstürzlerischen kommunistischen Lehren im größeren Teile Asiens und Europas verbreiten.«

Auch Buchanan ging es nicht »um die Entsendung einer Expedition im großen Stil, die Rußland erobern sollte«. Schon die Stärkung der »weißen« Generäle Denikin und Judenitsch hätte genügt, mit »einer Freiwilligenschar, zusammengestellt aus unseren Heimat- und Kolonialtruppen«. Hätte man entschlossen gehandelt, meinte der Diplomat, dann hätte schon eine Handvoll britischer Truppen mit Panzern und

Flugzeugen genügt, der Roten Armee Petrograd und Moskau zu entreißen. Freilich hätte ein solches Unternehmen auch Geld gekostet und wäre vielleicht nur durch Steuererhöhungen zu finanzieren gewesen. Aber: »Hätten wir unser Ziel erreicht, so wäre das Geld gut angelegt gewesen. Wir würden das reichste Land Europas dem Handel eröffnet und unsere Investitionen in Rußland geschützt haben.« »So aber«, beklagt Buchanan, »versagte unsere Intervention in der Praxis. Sie war infolge der lauen Durchführung zweifellos ein Fehler und das dafür verwendete Geld hinausgeworfen.«

Es hatte schon gar nichts mehr mit Intervention zu tun, daß Frankreichs militärisches Wunderkind, General Maxime Weygand, doch noch zu der militärischen Begegnung mit der Roten Armee kam, auf die er sich in Marschall Fochs Auftrag so lange vorbereitet hatte. Ursache war der Grenz-Größenwahn des gerade erst durch den Vertrag von Brest-Litowsk wiederentstandenen polnischen Staates. Hatte Polen bereits im Westen die Hand gebissen, die es gefüttert hatte und sich aus der territorialen Substanz des geschlagenen Deutschen Reiches bedient, erhob es auch im Osten Ansprüche - gegen Rußland. Warschau war nicht bereit, die von den Westmächten

empfohlene, nach dem britischen Außenminister Lord Curzon benannte Linie als Ostgrenze anzunehmen und erhob Ansprüche auf Weißrußland, die Ukraine und auf Litauen. Anfang 1920 ließ Polens Präsident, General Joseph Pilsudski, die polnische Armee in die Sowjetunion einfallen. Bis zum Mai 1920 waren Weißrußlands Hauptstadt Minsk und die ukrainische Metropole Kiew besetzt. Polen strebte die historischen Grenzen des früheren Königreiches an, doch gab es östlich der Curzon-Linie nur eine geringe polnische Minderheit. Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung waren Weißrussen und Ukrainer. Von 13 Millionen Einwohnern waren nur 1,5 Millionen Polen.

Der polnische Überfall traf zwar auf eine schlecht vorbereitete und militärisch schlecht geführte Rote Armee, aber er löste einen Sturm patriotischer Gefühle aus. Unter dem Eindruck, daß mit Pilsudskis Armee fremde Truppen den russischen Heimatboden besetzten, um ihn zu annektieren, wurden die politischen Gegensätze zwischen »Weiß« und »Rot« überbrückt. General Brussilow, der letzte Oberkommandierende der Zarenarmee, rief alle ehemals zaristischen Offiziere auf, sich am Kampf gegen die polnischen Eindringlinge zu beteiligen.

Mit der so gestärkten Roten Armee begann der ehemalige Zarenoffizier Tuchatschewskij im Juni mit der Gegenoffensive und trieb die polnischen Eindringlinge über den Bug zurück. Im Politbüro wurde darüber diskutiert, ob die Offensive an der Volkstumsgrenze zwischen Polen und Ukrainern aufhören sollte oder nicht. Eine Gruppe um Leo Trotzki warnte vor einem Marsch auf Warschau. Doch Lenin wischte Bedenken wegen schwacher Reserven und langer Nachschublinien beiseite und befahl den Einmarsch in Polen. In der Vision der schnellen Weltrevolution wollte er über Polen hinaus den deutschen Kommunisten in Deutschland die Hand reichen und, wie seine Mitstreiterin Klara Zetkin berichtete, »Europa mit den Bajonetten der Roten Armee auf die Probe stellen.« Inzwischen war Tuchatschewskij bis in die Außenbezirke Warschaus gelangt, Pilsudskis Rußlandabenteuer schien mit einer totalen Niederlage zu enden. Anfang Juli richtete der polnische Staatspräsident einen verzweifelten Hilferuf an die Westmächte.

Frankreich ließ sich nicht zweimal rufen. Noch im Juli traf General Weygand mit einer französischen Militärmission in der polnischen Hauptstadt ein. Güterzüge mit Kriegsmaterial rollten von Frankreich

durch Deutschland. Am 14. August schlugen Pilsudskis Polen, unter Anleitung durch die französischen Berater, die Rote Armee vor Warschau. Als »Wunder an der Weichsel« ging das Ereignis in die Geschichte ein. Weygand nannte den militärischen Erfolg »eine weitere Entscheidungsschlacht der Weltgeschichte«.

Nur 18 Jahre später, in den ersten Monaten des Zweiten Weltkriegs, waren es wiederum vor allem die Franzosen, die über weitere »Entscheidungsschlachten der Weltgeschichte« nachdachten. Die Sowjetunion und Polen hatten inzwischen ein weiteres Mal um die Gebiete östlich der Curzon-Linie gekämpft und Weygand war inzwischen ein 72-jähriger Greis. Paris hatte ihn, kaum hatte er das »Wunder an der Weichsel« erwirkt, als Hochkommissar für das syrische Mandatsgebiet ernannt und ihn gleichzeitig zum Mitglied der Académie française berufen. Nach seiner Versetzung in den Ruhestand, im Januar 1935, übernahm er den Posten des Generalverwalters in der Suez-Kanal-Compagnie.

Doch Frankreich hielt ihn für unentbehrlich: Zu Kriegsbeginn wurde der kleine, adrette Stratege, dessen Biographen ihn für einen Sohn von Kaiser Maximilian und einer Mexikanerin halten, reakti-

viert. Frankreichs Oberbefehlshaber Gamelin machte ihn ein zweites Mal zum Oberbefehlshaber der französischen, 150000 Mann starken Orientarmee in Syrien.

Aber Aleppo, Beirut und Damaskus, das war nicht die Welt mit der sich Maxime Weygand beschied. Sein Blick richtete sich auf größere Ziele: Auf die Türkei, auf das Schwarze Meer und schließlich auf die Sowjetunion. Am 20. März 1940 trafen sich die alliierten Luftwaffenstäbe im Nahen Osten im syrischen Aleppo, um ihre Planungen für die Bomberoffensive auf die sowjetischen Ölfelder aufeinander abzustimmen. Wie der polnische Weltkriegs- und Geheimdienstexperte Janusz Piekalkiewicz nach Recherchen im Bildarchiv des Imperial War Museum in London 1978 veröffentlichen konnte, fanden kurz darauf, am 30. März 1940 (nach Baku) und am 5. April 1940 (nach Batum) Aufklärungsflüge seitens der Briten von Habbaniya im Irak aus statt. Sie standen unter der Leitung des besten Luftaufklärungsexperten, der den Briten zur Verfügung stand: Wing Commander Sidney Cotton, der gemeinsam mit F. W. Winterbothom, dem Chef des Air Department des Auslandsgeheimdienstes MI6 die Erkundung der kaukasischen Ölfelder organisierte. Mit getarnten Lockheeds 12A flogen

die Piloten in 7000 Metern Höhe. Die eingebauten Kameras machten ihre Aufnahmen - unbehelligt von der sowjetischen Luftabwehr. In den Wochen darauf wurden Flugrouten und Zielmarkierungen für die Bomber festgelegt. Die Angriffe sollten von Djezireh (Armée de L'Air) und Mossul (RAF) starten. Neun Staffeln mit 117 Bombern sollten eingesetzt werden, die 122 Ziele im Kaukasus anvisierten (67 im Raum Baku, 43 im Raum Grosny und 12 im Raum Batum). Personal und Kampfsätze wurden auf die vorgesehenen Luftbasen verlegt.

Am 17. April 1940 versicherte der Befehlshaber der französischen Levante-Armee, General Weygand, schriftlich: »Die Vorbereitungen für die Bombardierung der kaukasischen Erdölgebiete sind so weit gediehen, daß man die Zeit berechnen kann, in der die Durchführung dieser Operation möglich ist ... Die Klugheit erfordert, diese Operation nicht auf die Zeit vor Ende Juni oder Anfang Juli (1940) festzusetzen.«

Das französische Oberkommando akzeptierte Weygands Vorschlag und beschloß den Angriff auf das sowjetische Erdölzentrum, wie Reynaud in seinen Memoiren bestätigt, für die Monatswende Juni/ Juli 1940.

Schließlich sollten den Luftangriffen doch auch Landoperationen folgen. Die Franzosen hatten dafür mit ihrer in Syrien stationierten und laufend weiter verstärkten Levante-Armee bereits 150000 Mann mit moderner Ausrüstung und vollmotorisiert zur Verfügung. Gleichzeitig plante man - diese Rolle war den Engländern zgedacht - durch Geheimdienstoperationen die antirussisch gesonnenen Kaukasusvölker und - unter Ausnutzung des großtürkischen Gedankens - auch die sich östlich anschließenden Turkvölker der Sowjetunion zu einer Erhebung gegen die Moskauer Zentralmacht zu führen.

Ein geplanter Angriffskrieg, unvergleichlich abenteuerlicher als alles, was später deutsche Planer für möglich hielten. Und dabei hatte gerade Frankreich in den dreißiger Jahren das beste Verhältnis zur Sowjetunion!

Der Alliierten diplomatische Debakel 1939/1940

Eines der aufregendsten Kapitel der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und gleichzeitig ein weiteres Dementi der Vorstellung, von Anfang an hätten sich in diesem Konflikt »das Gute« und »das Böse« gegenübergestanden, ist die Entwicklung, die das Verhältnis Englands - und noch mehr Frankreichs - zur Sowjetunion nach Beginn des Krieges genommen hat.

Bekanntlich hatten sich Frankreich und England einerseits und das Deutsche Reich andererseits im Sommer 1939, kurz vor Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges, der dann durch die Kriegserklärungen aus London und Paris zu einem europäischen Krieg ausgeweitet worden ist, zunächst beide um ein politisch-militärisches Bündnis oder zumindest »wohlwollende Neutralität« seitens der Sowjetunion bemüht. In Abwägung der eigenen Interessen hatte sich die sowjetische Führung zu dem Zweckbündnis mit Deutschland entschlossen, das auch Deutschland zunächst vom Druck eines Zweifrontenkrieges befreite.

Die deutsch-russischen Gespräche hatten sich in der zweiten Hälfte des Augusts 1939 schnell ver-

richtet. Am 19. August wurde, nachdem der deutsche Kanzler zur Eile gedrängt hatte, zunächst ein deutsch-russisches Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, das der Sowjetunion eine Anleihe von 180 Millionen Reichsmark für zwei Jahre zum Ankauf deutscher Waren einräumte.

Die deutsch-polnischen Beziehungen indes spitzten sich von Tag zu Tag zu, der Krieg schien unvermeidlich. Am 23. August kam es zu dem historischen Blitzbesuch des deutschen Außenministers Ribbentrop in Moskau. Die Verhandlungen, teilweise in Anwesenheit des sowjetischen Führers Stalin und streckenweise von ihm selbst geführt, schritten außerordentlich schnell voran. Das Ergebnis war ein Nichtangriffspakt auf zehn Jahre, der - ungewöhnlich in der Geschichte von Verträgen - bereits im Moment der Unterzeichnung in Kraft trat. Beide Staaten sicherten einander strikte Neutralität zu. Darüber hinaus waren laufende Konsultationen in gemeinsam interessierenden Fragen und freundschaftlicher Meinungs austausch in Konfliktfällen vorgesehen. Von besonderer Bedeutung war ein erst später bekannt gewordenes geheimes Zusatzprotokoll, in dem die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Polen entlang einer den Flüssen

Narew-Weichsel-San verlaufenden Demarkationslinie sowie die darüber hinausgehende Festlegung von Interessensphären im Baltikum und in Südosteuropa geregelt wurde.

Die Meldung von diesem Hitler-Stalin-Paket schlug überall in der Welt wie eine Bombe ein, am nachhaltigsten in den Hauptstädten der gegen das Reich gerichteten westlichen Demokratien. England und Frankreich hatten die territoriale Integrität der polnischen Republik garantiert und ihre Hoffnungen auf »Einkreisung« Deutschlands auf die Sowjetunion gerichtet. Dieses Konzept war durch den Moskauer Vertrag zunichte gemacht, die britisch-französische Außenpolitik lag in Trümmern. London und Paris hatten durch weitgehende Garantien an das über jede Vernunft gegenüber dem Deutschen Reich auftrumpfende Polen und durch die Drohung des Mehrfrontenkriegs durch Einbeziehung Moskaus in die »Einkreisungsfront« Deutschland zu starken Konzessionen zwingen wollen. Starke Kräfte in Großbritannien hatten sogar auf die Entfesselung eines Krieges gegen das Deutsche Reich gehofft.

Stattdessen machte der Moskauer Vertrag den Feldzug gegen Polen - »um England seinen Festlandsdegen Polen aus der Hand zu schlagen« - für

Deutschland führbar. Als Hitler ihn am 1. September begann, verfügten die Westmächte über kein schlüssiges Konzept. In Verfolg der Warschau gegebenen Garantien erklärte England vergleichsweise unbeschwert, Frankreich erst nach einigem, dem Friedenserhalt gewidmeten, Zaudern am 3. September dem Deutschen Reich den Krieg.

Gegenüber der Sowjetunion, die man den ganzen Sommer über, bis Mitte August, als begehrten Bündnispartner umworben hatte, blieb man zunächst abwartend. Auch als, nachdem die Armee Polens bereits von der deutschen aller operativen Optionen entkleidet worden war, am 17. September auch die Sowjetarmee zum Angriff überging und das östliche Gebiet Polens besetzte, erklärte man trotz der Polen gegebenen Garantien nicht - wie vorher Berlin - auch Moskau den Krieg. Das Klima im Verhältnis zur Sowjetunion aber änderte sich - in Frankreich schneller und sehr viel tiefgreifender als in England.

Argwöhnisch registrierte man in Paris, wie sich in den folgenden Monaten die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, das man doch militärisch niederringen wollte, und der UdSSR auf militärischem, politischem und vor allem wirtschaftlichem Gebiet entwickelte. Schon während des polnischen

Feldzugs hatten deutsche und sowjetische Militärs, insbesondere im Bereich der Luftwaffe, zusammengewirkt. Am 20. September begab sich eine Anzahl deutscher Offiziere »zur Durchführung von Sonderbesprechungen über die Zusammenarbeit von deutschen und sowjetischen Truppen« nach Moskau. Die Demarkationslinie wurde endgültig festgelegt. Durch die Vermittlung des Oberkommandos des deutschen Heeres gelang es am 26. September durch Androhung von Gegenmaßnahmen gegen polnische Diplomaten, die 62 Mitglieder der sowjetischen Botschaft im noch eingeschlossenen Warschau zu befreien.

Zwei Tage später, am 28. September, erklärten die Reichsregierung und die Regierung der UdSSR in gleichlaufenden Noten (die den am gleichen Tag unterzeichneten Grenz- und Freundschaftsvertrag begleiteten), in diesem Vertrag seien »die sich aus dem Verfall des polnischen Staates ergebenden Fragen endgültig geregelt und damit ein sicheres Fundament für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen«. Den »wahren Interessen« aller Völker entspreche es nun, dem zwischen Deutschland einerseits sowie England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu

machen. Die beiden Regierungen verpflichteten sich, ihre gemeinsamen Bemühungen darauf zu richten, dieses Ziel zu erreichen. »Sollten jedoch«, so hieß es in der Note weiter, »die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt, daß England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind«. Als regelrechte Drohung mußte es in den westlichen Metropolen verstanden werden, wenn für den Fall der Fortdauer des Krieges Moskau und Berlin ankündigten, »sich gegenseitig über die dann erforderlichen Maßnahmen (zu) konsultieren«.

Ein ebenfalls am 28. September datierter Briefwechsel der Außenminister Ribbentrop und Molotow brachte auch die sowjetische Zusicherung, »mit allen Mitteln die Wirtschaftsbeziehungen und den Warenumsatz zwischen Deutschland und der UdSSR zu entwickeln« und ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, »nach welchem die Sowjetunion Deutschland Rohstoffe liefern wird«. Das Stichwort »Rohstoffe« betraf besonders die Kriegsplanung des britischen War Cabinet, das der Blockade Deutschlands und der Abschneidung aller Rohstoffzufuhren für die deutsche Kriegswirtschaft, in geringerem Maße auch der Lebensmittelversorgung der deut-

sehen Bevölkerung eine entscheidende Rolle über Sieg oder Niederlage beimaß.

Bereits vier Wochen nach Abschluß der deutsch-russischen Wirtschaftsvereinbarungen vom 28. September, konnte man sich in London und Paris keine Illusionen über die Ernsthaftigkeit der Moskauer Vereinbarungen hingeben. Eine deutsche Delegation unter Führung von Botschafter z.b.V. Karl Ritter brachte bereits Mitte Oktober von Wirtschaftsbesprechungen aus Moskau als erstes Ergebnis einen Kaufvertrag über die Lieferung von einer Million Tonnen russischen Futtergetreides nach Hause - der größte Getreideabschluß, der bis dahin jemals zwischen zwei Ländern vereinbart worden war. Vor allem aber wurde über die Liefermodalitäten von Erdöl und Erdölerzeugnissen, von Rohphosphaten, Platin, Manganerzen und anderen Erzen verhandelt, jener für die deutsche Kriegsrüstung unverzichtbaren Rohstoffe also, auf deren Ausbleiben der Westen seine Siegeshoffnungen gründete.

Als England im Oktober auch noch eine gegen Deutschland gerichtete, aber auch von der UdSSR als hinderlich empfundene »Blockadeliste« veröffentlichte, gegen die Moskau in drei Noten protestierte, und als durch den Abschluß eines Neutralitätspakts

zwischen Frankreich, England und der Türkei die Sowjetunion ihre Schwarzmeer- und Balkaninteressen herausgefordert sah, wurde die russische Unterstützung der deutschen Politik noch offensichtlicher.

Am deutlichsten trat die (damalige) sowjetische Haltung in einer Rede von Außenkommissar Wjatscheslaw Molotow vor dem Obersten Sowjet am 31. Oktober hervor, die von der sowjetischen Geschichtsschreibung und in allen Quellenwerken unterschlagen wird - verständlich, wenn man den Text heute nachliest. Nach Bemerkungen über die Veränderung der Weltlage behandelte Molotow dort mit sarkastischer Polemik ein in diesen Tagen erstmals genanntes und nunmehr von den Westmächten angeblich verfolgtes Kriegsziel, nämlich die »Vernichtung des Hitlerismus«. Dieses »auch noch unter der Flagge der Demokratie« verfochtene Kriegsziel nannte Molotow schlechthin »verbrecherisch«. Staatsideen wie die nationalsozialistische könne man ablehnen oder annehmen, sie jedoch zum Kriegsgrund zu erklären, sei sinnlos und eben verbrecherisch. Die wirklichen Ziele der Westmächte bestünden in der weiteren Behauptung ihrer bislang schon ausgeübten Weltherrschaft und in der weiteren ungestörten Ausbeutung ihrer Kolonialvölker.

»Unsere Beziehungen zu Deutschland (hingegen)«, so führte Molotow aus, »haben sich von Grund auf gebessert. Es ist eine praktische Zusammenarbeit erreicht und eine politische Unterstützung der deutschen Friedensbestrebungen durch die Sowjetunion. Die Sowjetunion verfolgt den Kampf Deutschlands für die restlose Beseitigung des Versailler Systems mit tiefem Verständnis, denn sie steht auf dem Standpunkt, daß ein starkes Deutschland eine unablässige Voraussetzung für den Frieden in Europa ist«. Es klang wie eine kaum noch verhüllte Drohung, als Molotow fortfuhr, der Versuch der Westmächte, Deutschland in ein neues Versailler System zu zwingen, sei »gefährlich und könne für diese Staaten sehr leicht mit dem Ruin enden«.

Nicht nur Deutschland erschien nun den War Lords Englands und den politischen Führern Frankreichs als der Kriegsgegner der nächsten Jahre, sondern der strategisch-planende Blick richtet sich auch auf dessen wirtschaftlichen und politischen Verbündeten. Mußte man nicht auch militärisch die Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Reich ins Auge fassen?

Zug um Zug entwickelte sich nun der westlich-sowjetische Gegensatz. Diplomatische Manöver

Englands *an* der sowjetischen Südflanke - es ging um die Einbeziehung nicht nur des Irak und der Türkei, sondern auch des Iran in das britische Interessenfeld - wurden von britisch-französischen Aktivitäten zum Ausbau der eigenen militärischen Stärke in Syrien, Palästina und Transjordanien ergänzt. Gleichzeitig verstärkte die Sowjetführung ihre Kaukasusarmee.

Hatte schon der Abschluß erzwungener Nichtangriffsverträge mit den baltischen Staaten und der Sowjetunion zu Protesten der Westmächte und einer starken Beunruhigung der dortigen Öffentlichkeit geführt, brachte Ende November 1939 der offene Ausbruch der Feindseligkeiten mit Finnland und die Verurteilung der Sowjetunion im Genfer Völkerbund eine neue Steigerung des antisowjetischen Klimas, das insbesondere in Frankreich in einen unverhüllten Antibolschewismus umschlug.

Bereits Ende Oktober begann eine Verhaftungswelle, mit der Paris die kommunistische Bewegung lähmte. 40 kommunistische Parlamentarier wurden ebenso verhaftet wie die kommunistischen Mitglieder des Obersten Gewerkschaftsrats und kurz darauf auch Generalsekretär und Schatzmeister der Eisenbahnergewerkschaft und andere Ge-

werkschaftsführer wegen kommunistischer oder »deutschfreundlicher« Propaganda. Am 27. Oktober lösten die Pariser Gerichte 18 als kommunistisch bezeichnete Organisationen auf - unter Beschlagnahme des Eigentums und Verhaftung ihrer führenden Funktionäre, darunter auch so bewährte »antifaschistische« Volksfrontorganisationen, teilweise auch deutscher Emigranten, wie die »Deutsche Bibliothek der verbrannten Bücher«, den »Weltausschuß gegen den Faschismus und Krieg« oder den Ausschuß für die Befreiung des in einem deutschen Konzentrationslagers einsitzenden KPD-Funktionärs Ernst Thälmann. Nicht ohne Schadenfreude kommentierte die staatlich reglementierte deutsche Presse, »auch an der Seine« müsse man jetzt erkennen, »wie unwiederbringlich die Zeiten der Volksfront, der Verbrüderung von bürgerlicher Demokratie mit revolutionärem Sozialismus vorbei sind«.

Erstmals forderte, auf dem Höhepunkt des sowjetisch-finnischen Krieges, im Auswärtigen Ausschuß der Kammer, der frühere Ministerpräsident Pierre-Etienne Flandin, sonst als kühler Außenpolitiker bekannt, Frankreich solle die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abbrechen. In der letzten Senatssitzung am 27. Dezember teilte Innenminister

Albert Sarraut mit, daß »insgesamt 15 000 Personen in Konzentrationslagern interniert worden sind, von denen inzwischen 7 000 wieder freigelassen wurden«. Kultusminister Yvon Delbos kündigte die Bestrafung und Entlassung der Lehrer in Aussicht, die sich »kommunistischer Propaganda« schuldig gemacht hätten. Ein Pariser Militärgericht verurteilte zu Weihnachten einen Arbeiter wegen »zersetzender Äußerungen« zu sechs Jahren Gefängnis, weitere hohe Gefängnisstrafen wurden ausgesprochen wegen »Zweifel am Endsieg«, »Gutheißung deutscher Friedensvorschläge« usw. Gleichzeitig wurde der Besitz der KP liquidiert und der Nationalen Verteidigungskasse zugeführt. Am Jahresende waren immer noch 2000 Kommunisten verhaftet. Unter ihnen befanden sich immer noch 35 Parlamentsabgeordnete, während weitere flüchtig waren. Nunmehr verlangten nahezu alle zugelassenen Zeitungen den Abbruch der Beziehungen zu Moskau. Kommentatoren deutscher und nationalsozialistischer Zeitungen spöttelten über einen »antibolschewistischen Kreuzzug«.

Die Höhepunkte der widerspruchsvollen Haltung Frankreichs zur Sowjetunion sollten allerdings erst noch folgen. In der Sitzung vom 11. Januar 1940 des französischen Parlaments brachte der stellvertre-

tende Ministerpräsident Camille Chautemps einen Gesetzentwurf der Regierung in der Kammer ein, der den kommunistischen Abgeordneten mit der Begründung das Mandat entzog, sie hätten sich der »Verbindung mit einer ausländischen Macht« schuldig gemacht. Daß damit sowohl die Sowjetunion als auch Deutschland gemeint sein konnten, illustrierte der rechtsstehende Abgeordnete Jean-Louis Tixier-Vignancour in der anschließenden Aussprache, als er in einem Atemzug die Pariser Sowjetbotschaft als »Spionagezentrum« bezeichnete und zahlreiche Abgeordnete, darunter die Hälfte der sozialdemokratischen Fraktion, als »Hitlerianer« beschuldigte. Als am 5. Februar auch noch die sowjetrussische Handelsvertretung in Paris von französischen Sicherheitspolizisten gestürmt und durchsucht worden war - eine Provokation der UdSSR diesmal auf staatlicher Ebene - war klar, daß Frankreich bereit war, einen Strich unter die ehemals laut gefeierte französisch-sowjetische Freundschaft der 30er Jahre zu ziehen. Selbst der Krieg wurde denkbar. Die Planungen für die Bombenangriffe auf Baku wurden vorangetrieben.

Die britischen Ziele waren, weltmachterfahren, umfassender. »Nach britischer Vorstellung sollte«,

so die Meinung des Kölner Historikers und Weltkriegsexperten Andreas Hillgruber, »ausgelöst durch die militärischen Schläge gegen Baku, eine Art politischer Lawineneffekt in Gang gesetzt werden, der eine grundlegende politische Veränderung in diesem weiten Raum hätte bewirken können.« Aus heutiger Sicht könnte man sagen, es habe sich um nichts weniger gehandelt als um konkrete Gedankenspiele zur Schaffung eines »New Greater Middle East«, wie er 60 Jahre später auch den Kriegstreibern um US-Präsident George W. Bush im Kopf herumgeisterte.

Mit einem Schlag freilich wurden die französisch-britischen Pläne für einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion gegenstandslos: Am 10. Mai 1940 trat die deutsche Wehrmacht zu ihrem von Hitler immer wieder hinausgeschobenen Feldzug zur Niederwerfung Frankreichs an und besiegte dessen Armee (die damals den Ruf hatte, »stärkste Landmacht der Welt« zu sein!) geradezu schulmäßig in 40 Tagen. Zur alliierten Niederlage trug bei, daß modernste Bomberstaffeln ebenso wie mechanisierte Eliteverbände im fernen Syrien und Irak, dem Bereitstellungsraum gegen Rußland, gebunden waren.

Nach Frankreichs Niederlage formierten sich die Koalitionen in diesem Krieg neu. Waren in dessen

erster Phase, zumindest bis 1941, durchaus noch andere Mächtekonstellationen denkbar, etwa ein (temporäres!) Zusammengehen Deutschlands mit der Sowjetunion gegen die Westmächte, trieben die Ereignisse nun auf die große Koalition gegen das Deutsche Reich zu, die den weiteren Verlauf des Krieges bestimmte. Am 21. Juli 1940 beauftragte auch Hitler seinen Oberbefehlshaber des Heeres damit, einen Operationsplan für einen Feldzug gegen die Sowjetunion vorzubereiten. Und England sowie das »Freie Frankreich« des ins Exil gegangenen Obersten de Gaulle schlossen sich im Jahr darauf mit Stalins Rußland, das man 1940 noch selbst hatte angreifen wollen, gegen Deutschland zusammen.

Verzeichnis der verwendeten Literatur

- Archiv für Außenpolitik und Länderkunde, 1939/1940.
- Auswärtiges Amt (Hrsg.), Die Geheimakten des französischen Generalstabs. Deutsches Weißbuch, Band 6, Berlin 1941.
- Buchanan, George: Meine Mission in Rußland, Berlin 1926.
- Churchill, Winston: The World Crisis. The Aftermath, London 1929.
- Churchill, Winston: Der Zweite Weltkrieg, Hamburg 1949.
- Coates, W. P.: A History of the Anglo-Soviet Relations, London 1943.
- Coates, Z.: Armed Intervention in Russia 1918-1922, London 1935.
- Documents on British Foreign Policy, Ed. E. L. Woodward, Third Series, vol. 1, London 1947 ff.
- Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, Moskau 1949.
- Enzyklopädie der UdSSR, 2 Bände, Berlin 1950.
- Fabry, Philipp W.: Der Hitler-Stalin-Pakt. 1939-1941, Darmstadt 1962.
- Fiandin, P. E.: Politique française 1919-1940, Paris 1950.
- Fuller, J. F. C.: Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939-1945, Wien 1950.
- Gamelin, G. M.: Servir, Bd. 3: La guerre 1939/40, Paris 1946.
- Geschichtsfälscher. Der tatsächliche Verlauf der Vorbereitung und Entwicklung der Hitler-Aggression und der Zweite Weltkrieg, Moskau 1948.
- Kahle, Günter: Britische Infiltrationsbemühungen in Transkaukasien 1939/40, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 2/1974.

Kahle, Günter: Das Kaukasusprojekt der Alliierten vom Jahre 1940, Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Vorträge G 186, 42 S., Opladen 1973.

Kahle, Günter: Die Publikation des Deutschen Weißbuchs Nr. 6. Zur Reaktion in London, Moskau, Ankara und Teheran. In: Helmut Berding (Hrsg.) Vom Staat des Ancien Regime zum modernen Parteienstaat, München 1978 (Oldenbourg), S. 451-466.

Lockhart, R. H. Bruce: Vom Wirbel erfaßt. Bekenntnisse eines britischen Diplomaten, Stuttgart-Berlin, o.J.

Lorbeer, Hans-Joachim: Westmächte gegen die Sowjetunion 1939-1941. Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkriegs Bd. 18 MGFA, Freiburg 1975.

Minz, J./Rasgon, J. M./Sidorow, A. L: Der große vaterländische Krieg der Sowjetunion, Berlin 1947.

Piekalkiewicz, Janusz: Luftkrieg 1939-1945, S. 62-67, München 1978.

Piekalkiewicz, Janusz: Ziel Paris. Der Westfeldzug 1940, München 1986.

Rauch, Georg von: Geschichte des bolschewistischen Rußlands, Wiesbaden 1955.

Reilly, Sidney: Britain's Master Spy, London 1933.

Rimscha, H. v.: Geschichte Rußlands, Wiesbaden 1960.

Rossi, A.: Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis 1939-1941, Köln 1954.

Schüddekopf, Otto-Ernst: Kari Radek in Berlin, o.O., o.J.

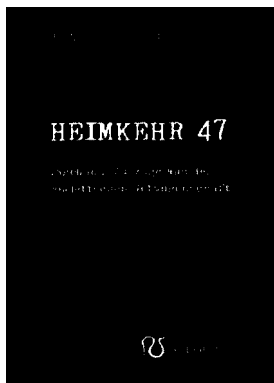
Soviet Documents on Foreign Policy, Selected and edited by Jane Degras, Bd. 1: 1917-1924, Bd. 3: 1933-1941, London-New York-Toronto 1951-1953.

Stalin, J. W.: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1945.

Stökl, G.: Russische Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1962.

Der Verfasser führte außerdem am 20. November 1992 mit Dr. Paul Karl Schmidt ein ausführliches Interview zu den geschilderten Vorgängen. Schmidt avancierte mit noch nicht einmal 29 Jahren unter Außenminister Joachim von Ribbentrop zum Chef der Nachrichten- und Presseabteilung im Auswärtigen Amt und zum Gesandten 1. Klasse (Ministerialdirigent). Nach dem Zweiten Weltkrieg war er als Journalist tätig. Er schrieb über zeit- und militärgeschichtliche Themen in *Spiegel*, *Zeit*, *Kristall* und *Welt*. Unter dem Pseudonym Paul Carell wurde er mit packend geschriebenen und gut recherchierten Sachbüchern über den Zweiten Weltkrieg (unter anderem *Sie kommen*, *Die Wüstenfüchse*, *Unternehmen Barbarossa* und *Verbrannte Erde*) zu einem der erfolgreichsten Bestsellerautoren der Nachkriegszeit.

Kaplaken 3



Hermann Heidegger

Heimkehr 47

**Tagebuch-Auszüge aus
der sowjetischen Gefangenschaft**

96 Seiten, Pappband, 8,50 Euro

ISBN 978-3-935063-73-9



Verlag Antaios

Rittergut Schnellroda, 06268 Steigra

www.antaio.de

Kaplaken 12



Stefan Scheil

Revisionismus und Demokratie

77 Seiten, Pappband, 8,00 Euro

ISBN 978-3-935063-82-1



Verlag Antaios

Rittergut Schnellroda, 06268 Steigra

www.antaio.de

Kaplaken 16



Joachim Fernau

Tausend Tage

Fragmente eines Soldatenlebens 1939 und 1940

96 Seiten, Pappband, 8,50 Euro

ISBN 978-3-935063-86-9

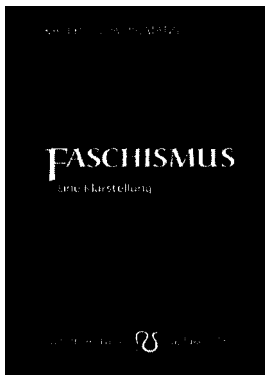


Verlag Antaios

Rittergut Schnellroda, 06268 Steigra

www.antaio.de

Kaplaken 18



Karlheinz Weißmann

Faschismus

Eine Klarstellung

64 Seiten, Pappband, 8,00 Euro

ISBN 978-3-935063-89-0



Verlag Antaios

Rittergut Schnellroda, 06268 Steigra

www.antaio.de

ISBN 978-3-935063-87-6